



Übersicht über die Lage in der DDR

1. Oktober 1956

Information Nr. 228/56 – Betrifft: Übersicht über die Lage in der Deutschen Demokratischen Republik

Quelle

BStU, MfS, AS 83/59, Bd. 1a, Bl. 54–104 (1. Expl.: zurückgegebenes Grotewohl-Exemplar).

Serie

Informationen.

Verteiler

Grotewohl, Leuschner, KGB Berlin-Karlshorst (»Freund«) – MfS: Mielke, Last, Markus Wolf, Walter, Beater, Ablage.

Vermerk

Im Dokumentenkopf: »Gen. Irmeler, von Gen. Leuschner zurück«.

Bemerkungen

An Grotewohl wurde das erste (Mielke), an Leuschner das fünfte Exemplar (Beater) weitergeleitet; das zweite Exemplar (Markus Wolf) wurde zum Ablage-Exemplar. – Das edierte erste Exemplar ging über Leuschner zurück an Irmeler, daher stammen die Markierungen und Randbemerkungen entweder von diesem oder von Grotewohl. – Inhaltsübersicht mit Seitenangaben nicht wiedergegeben.

[1.) *Wie ist die Lage in den wichtigsten Industriezweigen?*]

1a) *Besondere Schwierigkeiten in Investitions- und Planfragen*

Die zur Verfügung gestellten Investitionsmittel für eine große Anzahl von Betrieben, vor allem im Berg- und Hüttenwesen sowie im Schwer- und Allgemein-Maschinenbau zur Erweiterung und Modernisierung des Produktionsablaufs, können von einer großen Anzahl von Betrieben bis Ende des Jahres nicht verbraucht werden. Die Gründe dafür sind die überall mehr oder wenig in Erscheinung tretenden Schwierigkeiten bei der Auslieferung der für die Investitionen benötigten Materialien und Geräte. Außerdem wirkt sich die verspätete Zuteilung und die Änderung der Investitionsmittel darin aus, dass die Investitionsträger ihre Aufträge nicht mehr unterbringen können oder durch Arbeitskräftemangel eine Verzögerung eintritt. Diese bestehenden Mängel werden sich sehr wahrscheinlich im Jahre 1957 erst richtig auswirken, da die durch die Investitionen zu erreichenden Kapazitätserweiterungen bereits in den Plänen für 1957 berücksichtigt wurden.¹ Dazu einige Beispiele:

- Im Kali-Werk »Karl-Marx-Stadt« in Sollstedt, [Bezirk] Erfurt, wurden die Investmittel für 1956 nachträglich von 2,5 Millionen DM auf 11 Millionen DM erhöht. Dadurch traten bei der Zulieferung der erforderlichen Materialien große Schwierigkeiten auf, da diese zu spät gebund waren. Besonders handelt es sich hier um Stahl- und Walzerzeugnisse des VEB Stahlbau Magdeburg und VEB Maschinen- und Apparatebau Staßfurt. Teilweise können diese Verträge von den Lieferanten erst im II. Quartal 1957 realisiert werden.
- Im Kohlenbereich Cottbus wurden die geplanten Investitionssummen bis zum 31.8.1956 nur mit 48,8 % erfüllt. Dadurch wird am Ende des Jahres ein Überhang von 80 Millionen DM entstehen. Es ist den Investträgern nicht gelungen, die notwendige Baukapazität z. B. zur Verlegung der Schwarzen Elster sowie der Kohlenfernbahn mit den verbundenen Brückenbauten zu beschaffen.
- Im VEB Verlade- und Transportanlagenbau Leipzig wird eine Wärmekraftzentrale mit einer Energieerzeugung von 20 MW errichtet. Dazu stehen 2 754 000 DM Investitionen zur Verfügung. Dieses Vorhaben sollte bis zum 15.10.1956 abgeschlossen sein. Durch die verzögerte Lieferung einer Turbine und eines Generators wird die Fertigstellung bis zum II. Quartal 1957 hinausgezogen. Diese aufgezeigten Beispiele könnten noch aus allen Bezirken erweitert werden.

Die Planerfüllung zeigt in einer Reihe wichtiger Industriezweige eine Untererfüllung des Planes. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass das benötigte Material verspätet oder überhaupt nicht eingeht bzw. die Zulieferbetriebe ihre Verträge nicht einhalten. In einer Reihe von Industriezweigen macht sich ebenfalls das Fehlen von Facharbeitern bemerkbar. Im Einzelnen sieht die Planerfüllung in den Industriezweigen per 31.8.1956 (in % zum Jahresplan) wie folgt aus:

- Ministerium für Berg- und Hüttenwesen: 66,6 %
- Ministerium für Chemische Industrie: 63,4 %
- Ministerium für Kohle und Energie: 65,4 %
- Ministerium für Schwermaschinenbau: 59,6 %
- Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau: 60,4 %
- Ministerium für Leichtindustrie: 63,5 %
- Ministerium für Lebensmittelindustrie: 57,4 %
- Ministerium für Aufbau: 67,8 %

In den Braunkohlenwerken der DDR besteht per 31.8.1956 ein Ausfall von 23,613 Mio. cbm Abraum, 3,832 Mio. t Rohbraunkohle [und] 5 088 Mio. t Braunkohlenbriketts. Diese eingetretenen Rückstände können bis zum Eintritt der Kälteperiode nicht aufgeholt werden.

Ebenfalls wirkt sich diese ungenügende Planerfüllung auch auf den Export aus. Allein in den Betrieben des Ministeriums für Schwermaschinenbau bestehen nach dem Stand vom 31.8.1956 Exportrückstände in Höhe von 125 Mio. DM. Davon sind allein in der HV Schiffbau 44 Mio. DM Rückstände zu verzeichnen. Hierzu folgende Beispiele:

Die Warnow-Werft Warnemünde wird voraussichtlich ihren Jahresplan nur mit 80 % erfüllen. Die Ursachen liegen in Folgendem begründet: Die Maschinenfabrik Halberstadt, die bereits im Januar 1956 die Hauptantriebsmotoren für den ersten 10 000 t-Frachter anliefern sollte, konnte diese Maschinen bis heute noch nicht liefern, da Konstruktionsfehler auftraten. Zzt. liegen drei Schiffe auf der Werft (10 000 t-Frachter), die nicht mit Motoren ausgerüstet werden können.²

In verschiedenen wichtigen Großbetrieben des Bezirks Potsdam (meist Exportbetriebe) ist die Erfüllung des Jahresplanes gefährdet. So u. a. im Industrierwerk Ludwigsfelde, LEW Hennigsdorf und RFT Funkwerk Dabendorf. Die Ursachen sind in erster Linie in den Materialschwierigkeiten zu suchen.

In dem Braunkohlenwerk Domsdorf, Bezirk Cottbus, liegt die Planerfüllung zzt. bei 40 %. Hier treten folgende Schwierigkeiten beim Bau auf: Von den 1 550 t Schienen sind bisher erst 475 t geliefert worden. Ferner werden 1 755 cbm Schwellen benötigt, wovon bisher erst 500 cbm geliefert wurden. Von einem Bedarf von 28 000 t Schotter sind erst 4 000 t vertraglich gebunden.³

Ähnliche Beispiele könnten noch in beliebiger Zahl aus allen Bezirken angeführt werden.

1b) Die Materialversorgung

Einer der ausschlaggebenden Faktoren, die sich hemmend auf den Arbeitsablauf und die Erfüllung der Pläne auswirken, ist die Schwierigkeit in der Materialversorgung. Diese ist in fast allen Betrieben mehr oder weniger vorhanden. Ein besonderer Engpass besteht seit Jahren in der Versorgung der Betriebe mit DIN-Teilen, Walzmaterial, Schmiedestücken, Gussteilen, Stählen und Elektromotoren.

Bei Walzmaterial und Guss besteht die Hauptschwierigkeit darin, dass die benötigten Mengen nicht in den Stahl- und Walzwerken untergebracht werden können, weil deren Kapazitäten nicht ausreichen und sie vielfach schon bis Ende 1957 ausgelastet sind. Besonders durch den Mangel an Stahlprodukten kommt es zu empfindlichen Störungen in der Produktion und vor allem in der Einhaltung der Exportverpflichtungen. So können z. B. im⁴ VEB Sachsenwerk Niedersiedlitz, [Stadtteil von] Dresden, folgende Betriebe die Aufträge für Guss nicht realisieren und gaben die Bestellungen zurück:

- Lauchhammer mit 60 t
- Emailleguss Radebeul, [Kreis] Dresden[-Land], mit 90 t
- Ferd. Kuhnert, Schmiedeberg mit 120 t
- Fortschritt Neustadt mit 60 t
- Stahlgießerei Borna mit 200 t
- Stahlgießerei Pirna-Copitz mit 180 t
- Stahlgießerei Silbitz-Kaßberg⁵ mit 160 t

Neben den Materialschwierigkeiten in der metallverarbeitenden Industrie bestehen größere Schwierigkeiten in der Bauindustrie. Hier fehlt es besonders an Zement, Dachziegel, Holz, Stab- und Rundstahl. Besondere Schwierigkeiten treten dabei im ländlichen Bauwesen hervor, in den Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg und Potsdam.

Ebenfalls ist bei der Deutschen Reichsbahn die Materiallage äußerst angespannt. Die Schwerpunkte bilden zzt. die Sektoren Oberbau und die Reichsbahnausbesserungswerke. So fehlen z. B. 400 000 Schwellen. Im Planjahr 1956 waren 50 000 t Schienen zum Einbau vorgesehen, wovon aber in den ersten acht Monaten nur 31 600 t Schienen geliefert wurden. In den Reichsbahnausbesserungswerken fehlen ca. 4 000 t Walzstahl und Blecherzeugnisse.

1c) Versorgung mit Kohle und Koks

Gegenwärtig bestehen größere Schwierigkeiten in der Versorgung mit Koks und Steinkohle. Zzt. besteht ein Importrückstand von ca. 329 500 t Koks. Aufgrund der Minderbelieferung kann [sic!] die Hüttenindustrie sowie die Betriebe der Schwerchemie nicht mehr ordnungsgemäß versorgt werden. Bei Steinkohle besteht eine ähnliche Situation wie bei Koks. Der Lieferanspruch der Industrie lt. Volkswirtschaftsplan ist insgesamt 532 000 t unterbeliefert. Diese Situation wirkt sich besonders schlecht bei der Deutschen Reichsbahn aus, die deshalb schon Briketts aus dem Industrie- und Bevölkerungskontingent verbrauchen musste.⁶

Am 26.9.1956 wurden z. B. im Eisenhüttenkombinat Stalinstadt vier Hochöfen außer Betrieb genommen und die restlichen zwei mussten gedrosselt gefahren werden, da kein Koks mehr vorhanden war.⁷ Der Produktionsausfall beträgt gegenwärtig pro Tag und Ofen 550 t Roheisen. Weiterer Kohlenmangel wurde nur aus vereinzelt Objekten der Bezirke Gera, Frankfurt/O., Suhl, Cottbus, Potsdam und Dresden bekannt, die jedoch kein größeres Ausmaß annehmen [sic!].

1d) Arbeitszeitverkürzungen, Wartezeiten und Leerlauf

Zu direkter Arbeitszeitverkürzung kam es nach vorliegendem Material nicht. In den Betrieben Kunstseidenwerk Schwarza, Kunstseidenwerk Pirna und dem Textilsektor der Agfa-Wolfen ist eine Verkürzung der Arbeitszeit geplant, es müssen jedoch erst Vorbereitungen dazu getroffen werden. In einer ganzen Reihe von Betrieben treten erhebliche Wartezeiten und Leerlauf auf.⁸ Die Ursachen liegen zum überwiegenden Teil in der schlechten Belieferung mit Material und in der letzten Zeit in den Bezirken Gera, Suhl, Erfurt und Karl-Marx-Stadt infolge Stromsperrern. Wartezeiten entstehen auch durch mangelhafte Gestellung von Transportraum und infolge schlechter Arbeitsorganisation. Dazu folgende Beispiele:

- Im VEB TRO »Karl Liebknecht« und VEB Funkwerk Köpenick, Berlin, müssen Facharbeiter zeitweilig mit berufsfremden Arbeiten betraut oder in andere Abteilungen versetzt werden, da aufgrund der unzulänglichen Materialversorgung bestimmte Arbeiten nicht weiter durchgeführt werden können. Die Großblockbaustelle im Stadtbezirk Friedrichshain, Berlin, musste infolge des Fehlens von Bauelementen acht Tage stillgelegt werden.
- Infolge schon seit Juli 1956 bestehenden Schrottmangels mussten in der Abteilung Schrott des Stahl- und Walzwerkes Hennigsdorf, [Kreis] Oranienburg, [Bezirk] Potsdam, im August 165 Wartestunden geschrieben werden. Da sich die Schrottlage noch nicht gebessert hat – die D Schrott liefert nur sehr schleppend an –⁹ werden die Wartestunden sich auch in der nächsten Zeit nicht vermindern.
- Im Schlepperwerk Nordhausen, [Bezirk] Erfurt, sind nach dem bisherigen Plan für 1957 100 Jungarbeiter, die dieses Jahr ihre Gesellenprüfung machen, überzählig und müssten entlassen werden. Zzt. sind Verhandlungen im Gange, um Möglichkeiten zu schaffen, dass diese 100 Jungarbeiter im Betrieb bleiben können. Im August 1956 wurden in diesem Betrieb 13 100 Wartestunden geschrieben, die sich wie folgt untergliedern: 5 700 durch betriebliches Verschulden (Materialmangel), 816 durch Betriebsstörungen [und] 4 636 durch Stromsperrern. Das Schlepperwerk Nordhausen, [Bezirk] Erfurt, hat bisher im Jahre 1956 86 000 Wartestunden zu verzeichnen.
- Im VEB IFA Zella-Mehlis, [Bezirk] Suhl, gibt es seit ca. 14 Tagen Leerlauf, der auf Stromabschaltungen zurückzuführen ist. Aus diesem Grund kommt es vor, dass ca. 70 bis 80 Arbeiter täglich drei Stunden herumsitzen und nicht arbeiten können. Im VEB Ernst Thälmann-Werk Suhl versäumen die Betriebsangehörigen, die aus Richtung Schleusingen und Erlau kommen, täglich 30 Minuten Arbeitszeit. Da der Zug bereits 16.19 Uhr in Suhl abfährt und angeblich sehr wenig Wagen hat, gehen die Arbeiter früher vom Werk fort. In der VEB Papierfabrik¹⁰ fielen im halben Jahr durch mangelhafte Waggonstellung 17 000 Stunden Arbeitszeit aus.
- Im VEB Rathenower¹¹ Optische Werke, [Bezirk] Potsdam, kommt es vor, dass die Arbeiter in der Abteilung Montage zu Anfang des Monats keine Arbeit haben, weil in der Vorproduktion zu langsam gearbeitet wird. Es gibt Tage, an denen bis zu sechs Wartestunden geschrieben werden. Mitte September wurde der 2. BGL-Vorsitzende von den Beschäftigten wegen der Wartestunden angesprochen und es wurde die Frage gestellt, wie sich die vielen Wartestunden mit dem Produktions- und Finanzplan vereinbaren. Darauf erhielten sie zur Antwort, sich hinzusetzen und nichts zu machen, ihr Geld würden sie ja trotzdem erhalten. Jetzt vertreten die Beschäftigten den Standpunkt, dass sie lieber Wartestunden schreiben, als mit anderen Arbeitern beschäftigt zu werden, da sie mehr Geld bekommen, weil sie ja ihren Durchschnittslohn erhalten.¹²

Die angeführten Beispiele könnten noch erweitert werden. Die ungenügende Materiallage trifft besonders für die Betriebe des Schwermaschinen- und Maschinenbaues zu.

1e) Schwierigkeiten in der Einführung richtiger Normen

Bei der Einführung richtiger Normen treten noch eine Reihe Schwierigkeiten auf. Es kann festgestellt werden, dass in einem großen Teil von Betrieben ein ungesundes Normenverhältnis besteht. Die Normen werden oft 200 bis 300 % überfüllt. Vonseiten der Arbeiter wird überwiegend eine Normerhöhung bzw. richtige Normfestsetzung (TAN)¹³ abgelehnt mit der Begründung: »Schafft erst mal richtige Arbeitsbedingungen, dann können wir uns auch über die Normen unterhalten.«¹⁴ Zum anderen ist im ziemlich starken Umfang die Auffassung vorhanden, die Preise seien noch so hoch, dass ein Stundenlohn bis zu DM 5,00 gerechtfertigt ist. Ein Teil der Arbeiter sagt: »Mit Einführung neuer Normen senkt sich unser Lebensstandard.« – »Die hohe Normerfüllung brauchen wir, um einigermaßen anständig leben zu können.«¹⁵

Vielfach wird vonseiten der TAN-Bearbeiter und Betriebsleitungen nur ungenügend Überzeugungsarbeit geleistet. Diskussionen gibt es vielfach zu unterschiedlichen Normfestsetzungen bzw. gleicher Norm bei anderen Arbeitsbedingungen. Dazu folgende Beispiele:

- Im VEB »Carl von Ossietzky« in Teltow, Kreis Potsdam Land, sollten in den Abteilungen Schleiferei und Presserei richtige Normen eingeführt werden. Dies konnte nicht durchgesetzt werden, weil die Arbeiter sehr stark dagegen protestierten. Sie brachten in ihren Diskussionen zum Ausdruck, dass sie mit der neuen Norm nicht einverstanden sind, weil sie dann mindestens DM 80,00 weniger verdienen würden.
- Im VEB Zeiss-Werk Eisfeld,¹⁶ [Kreis] Hildburghausen, [Bezirk] Suhl, entstehen Schwierigkeiten durch die Vorgabezeiten, die vom Hauptwerk Jena festgelegt werden und in Eisfeld durch den alten Maschinenpark nicht zu schaffen sind, zumal keine großen Serienaufträge vorhanden sind.
- Im VEM Cottbus beschloss die Werkleitung die Normen zu ändern. Der Normenschreiber ging wie folgt an die Arbeit: Er versteckte sich in Werkstatt hinter einem Pfeiler und machte Zeitaufnahmen. Nach einigen Tagen ging er zu den Arbeitern, die er heimlich gestoppt hatte und machte eine offizielle Zeitaufnahme. Dem Werkstattleiter, der davon Kenntnis erhielt und sich gegen diese Methode verwahrte, wurde gesagt: dass ihn diese Angelegenheit nichts angehe. Auch die Arbeiter in der Werkstatt sind mit solchen Methoden nicht einverstanden und werden dadurch verärgert.

- In den Bezirken Leipzig, Berlin und Suhl kann festgestellt werden, dass die Einsetzung neuer Normen bei guter ideologischer Arbeit vorrangig
 1 f) Schwierigkeiten in der Entlohnung

Besondere Schwierigkeiten in der Entlohnung treten in den Betrieben der Leichtindustrie, den Bau- und Verkehrsbetrieben auf. Es besteht in diesen Betrieben eine ständige Fluktuation von Arbeitskräften, da diese bestrebt sind, Arbeitsplätze mit höheren Verdienstmöglichkeiten zu erhalten.¹⁷ Über zu niedrige Entlohnung diskutieren besonders die Gleis- und Transportarbeiter. Des Weiteren werden vonseiten der Betriebsmeister Diskussionen geführt, dass sie gegenüber den Brigadiern benachteiligt sind.

- Im VEB Baumwollspinnerei Leipzig ist eine ständige Fluktuation von Arbeitskräften zu verzeichnen. Monatlich verlassen ca. 50 bis 60 angelernte Arbeitskräfte den Betrieb. Die Ursache ist in der niedrigen Entlohnung (Durchschnittsverdienst 250 bis 300 DM) zu suchen.¹⁸
- Unter der Belegschaft des VEB Papierfabrik Greiz, [Bezirk] Gera, herrscht eine schlechte Stimmung. Der Stundenlohn ist mit der schweren Arbeit nicht in Einklang zu bringen. Die Entladekolonne muss in einer Schicht 45 bis 100 t Material entladen und die 100 kg schweren Stücke müssen oft 2 bis 3 m von den Arbeitern getragen werden, sodass sie nach Schichtende blutunterlaufene Rücken haben. Für diese Arbeit erhalten sie mit Erschwerniszulage einen Stundenlohn von DM 1,46.
- Auch im VEB IFA Zella-Mehlis, [Bezirk] Suhl, und im VEB August-Bebel-Werk, [Bezirk] Suhl, gibt es bei den Angehörigen des Werkschutzes Schwierigkeiten in der Entlohnung. Im VEB IFA erhält ein Werkschutzangehöriger 295 DM. Da niemand diese Arbeit verrichten will, kommt meist nur behinderte Menschen infrage, sodass auf der anderen Seite die Sicherheit des Betriebes nicht gewährleistet ist.
- Im VEB Buchungsmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt werden die Meister mit 120 bis 150 DM niedriger entlohnt als die ihnen unterstellten Brigadiere.¹⁹ Diese Unterschiede bergen die Gefahr in sich, dass die Produktionsarbeiter kein Interesse zeigen, sich zum Meister zu qualifizieren, und die Meister darauf dringen, wieder in die Produktion zurückversetzt zu werden.
- Im VEB Verkehrsbetriebe Dresden ist eine starke Abwanderung von Arbeitskräften zu verzeichnen, da die Bezahlung äußerst schlecht ist. Am 30.8.1956 fehlten 210 Vollkräfte sowie 30 Spitzenkräfte (Fahrer). Die Lage in den Verkehrsbetrieben ist sehr ernst und man kann mit Bestimmtheit sagen, dass im Winter die Ausfälle an Fahrpersonal zunehmen.

1g) Mängel in der Prämienzahlung

In der Prämienzahlung bildet die Einstufung des Personenkreises der Prämienempfänger einen ständigen Anlass [für] Unzufriedenheit großer Teile der Beschäftigten in der Industrie. Übereinstimmend wurde in allen Bezirken festgestellt, dass besonders die Arbeiter den Standpunkt vertreten, dass die Summe der zur Auszahlung kommenden Prämien an die Intelligenz und leitende Angestellte zu hoch sei. Diese Unzufriedenheit bietet Provokateuren ständig Möglichkeit zur Aufhetzung.²⁰ Dafür folgende charakteristische Erscheinungen:

Die Baumwollspinnerei Mittweida, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt, hatte als Republikssieger ca. 40 000 DM Quartalsprämie erhalten. Während das technische Personal und die Angestellten je eine Prämie in der Höhe von 150 % ihres Gehaltes erhielten, bekamen die Arbeiter nur einen geringen Teil. Daraufhin haben im Saal 2 die Arbeiter die Maschinen ausgerückt und kurzweilig²¹ wegen dieser Prämienzahlung gestreikt. Im VEB Plamag Plauen, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt, liefen die Arbeiter aus gleichem Grunde auf dem Fabrihof zusammen und ließen spontan heftige und aggressive Meinungen laut werden.²² Gleiche Erscheinungen wurden im Bezirk Halle und in anderen Bezirken festgestellt.

Neuerdings wurde in den Bezirken Rostock, Karl-Marx-Stadt, Halle, Potsdam und Dresden unter den Arbeitern einer Anzahl von Betrieben stark verbreitet die Meinung festgestellt, durch Untererfüllung der Pläne dafür zu sorgen,²³ dass die Intelligenz und die leitenden Funktionäre keine Prämien mehr erhalten bzw. dass sich die Arbeiter an keinen Wettbewerben mehr beteiligen wollen. So herrscht z. B. unter den Arbeitern der Neptun-Werft Rostock die Meinung, nur so viel zu arbeiten, dass der Plan nicht ganz erfüllt wird, um überhaupt keine Prämienzahlung zu ermöglichen. Die Verwirklichung dieser Meinungen würde eine Gefahr für die Planerfüllung und die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität bedeuten. Außerdem wurde festgestellt, dass sich in fast allen Bezirken aufgrund dieser Prämienzahlungen die Beispiele mehren, wo Arbeiter aus dem FDGB austreten bzw. sich weigern, FDGB- und Parteibeiträge zu zahlen.

1h) Die Stimmung in den entscheidenden Objekten

Sowohl in den entscheidenden Objekten als auch den anderen Industriebetrieben wurde festgestellt, dass die Stimmung zu politischen Problemen überwiegend positiv ist, während bei wirtschaftlichen Problemen die Stimmung der Beschäftigten beeinflusst wird von den vorhandenen Schwierigkeiten in der Produktion.²⁴ Bei den politischen Problemen standen besonders im Vordergrund die Ereignisse um den Sues-Kanal,²⁵ das Verbot der KPD²⁶ und das 28. Plenum des ZK der SED.²⁷

Zum Sues-Kanal-Problem unterstützt die überwiegende Mehrzahl die Haltung der ägyptischen Regierung sowie jener Regierungen, die eine gerechte und friedliche Lösung dieses Problems herbeiführen wollen und Ägypten unterstützen. Gegenteilige Meinungen und solche, die den Standpunkt der imperialistischen Mächte beinhalten, wurden nur einzelne bekannt.

Zum Verbot der KPD wurde gleichfalls eine positive Reaktion der Mehrheit der Beschäftigten in den Industriebetrieben festgestellt, indem das Verbot verurteilt wurde und zum anderen der Charakter des westdeutschen Staates als militaristisch-faschistischer Staat erkannt wurde.

In den Diskussionen zum 28. Plenum des ZK der SED stehen besonders im Vordergrund die Stellungnahmen zur Abschaffung des Kartensystems,²⁸ die Rentenreform²⁹ und die Erhöhung des Lebensstandards.³⁰ Jedoch enthält die Mehrzahl der Diskussionen große Unklarheiten. Die Abschaffung der Lebensmittelkarten wird allgemein sehr skeptisch aufgenommen. Im Zusammenhang mit den in der Versorgung bestehenden Schwierigkeiten wird die Meinung vertreten, die Karten beizubehalten und dafür die auf Karten vorgesehene Ware voll zu beliefern. Es wird geäußert, dass die Abschaffung der Karten eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten infolge der Angleichung der Preise mit sich bringen wird.³¹ In den Stellungnahmen zur Rentenreform steht im Vordergrund die Meinung, als Grundlage nicht den Verdienst der letzten fünf Jahre, sondern den Verdienst aller Jahre zu nehmen, in denen der Rentner einer Beschäftigung nachging. Allgemein wird die Rentenreform von der Mehrzahl begrüßt.

Neben den Unklarheiten, die im Zusammenhang mit der Angleichung der Preise zur Frage der Erhöhung des Lebensstandards vorhanden sind, tritt in letzter Zeit sehr stark in Erscheinung, dass Vergleiche zur Lebenslage in Westdeutschland gezogen werden. Allgemein wird dazu die Meinung vertreten, dass es in der DDR nicht möglich ist, Westdeutschland zu überholen, wobei als Begründung die Schwierigkeiten in der Versorgung und der Produktion angeführt werden.³² Hervorgerufen werden diese Diskussionen besonders durch jene Personen, die ihren Urlaub in Westdeutschland verbrachten und sich von den dortigen Verhältnissen täuschen ließen. Deren Schilderungen finden Gehör bei breiten Teilen der Beschäftigten in der Industrie.

Zu den wirtschaftlichen Problemen des 28. Plenums des ZK der SED wurden bisher keine Stellungnahmen bekannt.

1.) Merkmale feindlicher Tätigkeit in der Industrie

Im VEB »Heinrich Rau« in Wildau, [Bezirk] Potsdam, wurde von einem Jugendlichen im Auftrage Westberliner Stellen ein Diversionsakt verübt, indem er durch unvorschriftsmäßige Behandlung eine wichtige Drehbank außer Betrieb setzte. Außer diesem konkreten Beispiel gibt es eine Anzahl weiterer Beispiele, besonders aus Betrieben des Maschinenbaues sowie der Textil- und Ziegelindustrie, die auf feindliche Handlungen, besonders Diversionsakte, hinweisen, indem Maschinen und Geräte durch Fremdkörper zerstört bzw. für längere Zeit außer Betrieb gesetzt wurden.³³

Charakteristisch dafür sind folgende Beispiele: In der Nacht zum 11.9.1956 wurden außerhalb des Werkgeländes vom VEB Schlepperwerk Nordhausen, [Bezirk] Erfurt, von 135 dort zum Versand bereitgestellten Traktoren 17 beschädigt, indem Teile wie Ölglocken, Ölfüllstutzen, Ölmaßstäbe, Luftfilter, Regler Schutzkappen, Wasserablasshähne usw. abgeschraubt und auf die Erde geworfen wurden. In der Zeit vom 27.8. bis 7.9.1956 kam es im VEB (K) Ziegelwerk Rädeln, [Kreis] Brandenburg, [Bezirk] Potsdam, verschiedentlich zu Störungen am Tonschneider. Hervorgerufen wurden diese Störungen durch Fremdkörper, die in den Maschinen vorgefunden wurden.

2.) Versorgung der Bevölkerung

Versorgungsschwierigkeiten bestehen bei Lebensmitteln auf HO-Basis und Industriewaren. Die Markenversorgung ist – bis auf einige Ausnahmen – sichergestellt. Solche Ausnahmen werden aus den Bezirken Rostock, Cottbus, Karl-Marx-Stadt (Markenzucker) und Berlin, Frankfurt/O., Potsdam, Halle, Leipzig, Erfurt und Suhl (Rind-, Kalb- und Hammelfleisch) gemeldet. Auf HO-Basis fehlen folgende Lebensmittel:

HO-Butter

Im III. Quartal kam es in den Bezirken wegen Mangel an HO-Butter vor den Verkaufsstellen bei der Anlieferung zur Bildung von »Schlangen«. Nach dem gegenwärtigen Stand wird die Versorgung auch weiter gefährdet sein, denn im IV. Quartal 1956 stehen 700 t Butter weniger zur Verfügung als im IV. Quartal 1955 realisiert wurden. Im III. Quartal 1956 wurden außerdem 1 500 t Butter mehr verkauft, als im IV. Quartal 1956 planmäßig zur Verfügung stehen. Außerdem wird im IV. Quartal erfahrungsmäßig wegen des Weihnachtsfestes mehr Butter verkauft. Schon im III. Quartal waren die negativen Diskussionen wegen der schlechten Butterversorgung stark verbreitet.

HO-Margarine

In den letzten 14 Tagen war vor allem in den Bezirken Rostock, Neubrandenburg, Frankfurt/O., Potsdam, Magdeburg und Suhl die Margarineversorgung mangelhaft. Im Bezirk Frankfurt/O. trat dieses besonders in den ländlichen Gebieten, wie Eberswalde, Seelow, auf.

Obst- und Gemüseversorgung

Das Angebot an Obst und Gemüse entspricht weiterhin nicht dem Bedarf der Bevölkerung. Es fehlen besonders Tomaten, Gurken. Im Bezirk Halle führte der Mangel an Gurken unter den privaten Obst- und Gemüsehändlern bzw. -Fabriken sogar zu Spekulationen. Von der Bevölkerung wird vor allem über die hohen Preise bei Obst und Gemüse diskutiert.

Sehr stark ist die Nachfrage nach Südfrüchten, die jedoch durch die ungenügenden Importbelieferungen bei Weitem nicht befriedigt werden kann.³⁴ Folgendes Beispiel kann als typisch angesehen werden: Das Versorgungs- und Lagerungskontor Berlin konnte durch Mangel von Importen den Plan im III. Quartal in der Branche Obst und Südfrüchte nicht erfüllen. Der Erfüllungsstand sieht wie folgt aus:³⁵

[Obstsorte]	Soll	Ist	%
Bananen	129,0 t	26,0 t	= 20
Orangen, Zitronen	205,0 t	111,0 t	= 55
Weintrauben	782,0 t	25,0 t	= 3,2

Versorgung mit Fischwaren

Aus den Bezirken Potsdam, Leipzig, Erfurt, Suhl und dem Wismutgebiet wird über die ungenügende Bereitstellung bzw. das schlechte Sortiment an Fisch berichtet. Vor allem macht sich das in den Kreisen bemerkbar. Der Bezirk Potsdam sollte z. B. bis zum 20.9.1956 1 003 t Frischfisch erhalten. Geliefert wurden aber nur 672 t. Die Auslieferung von Frischfisch in die einzelnen Kreise betrug im Durchschnitt nur 67 % (88 % Soll).

HO-Zucker

Größeren Umfang nimmt gegenwärtig auch der Mangel an HO-Zucker ein, besonders in den ländlichen Gegenden, wo der Bedarf zur Einmachzeit besonders groß ist. Der Mangel an HO-Zucker löst vor allem unter den Einzelbauern solche Diskussionen aus, dass sie wegen der Markenzuteilung auf HO-Zucker angewiesen wären.³⁶ HO-Zucker fehlt gegenwärtig vor allem in den Bezirken Rostock, Neubrandenburg, Potsdam und Magdeburg.

Abschließend ist zu erwähnen, dass es noch vereinzelt Schwierigkeiten in der Versorgung mit – Hart- und Weichkäse (in den Bezirken Berlin, Leipzig, Suhl) – Mehl Type 405 (in den Bezirken Cottbus, Erfurt, Suhl) – Brot (in den Bezirken Halle und Dresden) – Kartoffeln (in den Bezirken Dresden, Gera und Erfurt) und Eier (in den Bezirken Leipzig, Erfurt und Suhl) gibt.

Versorgung mit Zigaretten und Tabakwaren

In den letzten Tagen wird aus den Bezirken – besonders Neubrandenburg, Cottbus, Frankfurt/O., Halle, Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Gera, Suhl und dem Wismutgebiet – über Mangel vor allem an billigen Zigarettenarten berichtet. Im Bezirk Neubrandenburg besteht in der Bereitstellung von Zigarren bereits seit einem Jahr eine sehr angespannte Situation. In einigen Bezirken lagern dagegen die Zigarettenarten »1. Mai« und »Vorwärts«, da diese von der Bevölkerung nicht gekauft werden.

Die Versorgung mit Genussmitteln, vor allem *Bohnenkaffee* und *Kakaowaren*, wird nach gegenwärtigem Stand im IV. Quartal nicht gesichert sein. Bei Bohnenkaffee müssten laut Importplan vom 1.9.1956 bis 31.12.1956 noch 5 048 t realisiert werden.³⁷ Davon sind jedoch 4 500 t nicht gesichert, sodass wahrscheinlich nur mit 548 t gerechnet werden kann. Bei Kakaobohnen ist es ähnlich. Von den vom 1.9.1956 bis 31.12.1956 noch planmäßig zu importierenden 2 020 t werden voraussichtlich nur 20 t geliefert werden.³⁸ Das bedeutet, dass die Produktion im IV. Quartal mit 6 000 t Kakaoverzeugnissen nicht durchgeführt werden kann.

Die Versorgung mit Mandeln ist ebenfalls gefährdet. Von den ab 1.9.1956 noch zu importierenden 2 484 t Aprikosen- und Mandelkernen sind 2 000 t nicht gesichert. Das bedeutet, dass neben der Gefährdung der Versorgung der Bevölkerung mit Mandeln auch in der Industrie an Stelle von hochwertigen Einsatzstoffen nur minderwertige Hilfsmaterialien (Soja- und Erdnusschrot) eingesetzt werden könnten.

Der Importplan für Südfrüchte kann ebenfalls nicht erfüllt werden. Für das IV. Quartal werden nur 14 300 t zur Verfügung stehen, obwohl die Warenbereitstellung 32 000 t betragen soll.

Versorgung mit Kohle

Unter der Bevölkerung herrscht gegenwärtig über die Kohleversorgung, speziell über die Belieferung mit Siebkohle, Verärgerung. Das ist darauf zurückzuführen, dass anfangs pro Haushalt 25 Ztr. Siebkohle auf Kohlenkarten ausgegeben werden sollten. Nach gegenwärtigem Stand können aber nur durchschnittlich 15 Ztr. geliefert werden.³⁹

Versorgung mit Industriewaren

Auch in der Versorgung der Bevölkerung mit Industriewaren gibt es einige Mängel. Es handelt sich hierbei um hochwertige Artikel wie wollhaltige Stoffe, Popelineartikel, hochqualitative und bedarfsgerechte Konfektionswaren, gute Schuhe, vor allem Importschuhe, sowie Pkw, Motorräder, Mopeds und Fernsehgeräte.

Sehr stark ist die Nachfrage weiterhin nach Fahrradersatzteilen, speziell Fahrradketten und andere Ersatzteile für Mopeds, Motorräder oder Pkw. Auf der anderen Seite gibt es einen starken Überhang an anderen Waren, wie z. B. Schweinslederschuh, Radioapparaten, Musiktischen, Möbeln und minderwertige Textilien, da der Umsatz bei diesen Waren sehr gering ist.

Gerüchte über Geldentwertung

Aus den Bezirken Schwerin, Rostock, Dresden und Berlin wurde bekannt, dass Gerüchte über eine »Geldentwertung« verbreitet werden. Dieses Gerücht tauchte zuerst in Berlin auf und besagte, dass bei einer Wiedervereinigung Deutschlands die »Ostmark« entwertet würde und dass Spareinlagen entsprechend des Kurses der Westmark 1 : 4 entwertet würden.⁴⁰

Im Grenzgebiet von Zarrentin⁴¹ und Umgebung, [Kreis] Hagenow, [Bezirk] Schwerin, gibt es Diskussionen, ob man das Geld nicht lieber stabil anlegen sollte. In der Gemeinde Neuenrost, [Kreis] Ribnitz[-Damgarten],⁴² [Bezirk] Rostock, wird dieses Gerücht im Zusammenhang mit den erhöhten Preisen des freien Aufkaufs von Getreide gebracht.⁴³ Zuletzt trat dieses Gerücht in Dresden, besonders in den Kreisen Meißen und Löbau auf. In einer öffentlichen Sprechstunde am 21.9.1956 im VEB Büromöbelwerk Neugersdorf erklärten Arbeiter, dass es kein normaler Zustand sei, wenn z. B. Bauern 83,00 DM für einen dz Weizen im freien Aufkauf erhalten.

[3.) Gibt es Untergrundtätigkeiten?]

3a) Hetzlosungen

Bei dieser Methode des Gegners handelt es sich im Wesentlichen um das Anbringen von Hetzlosungen entweder vereinzelt oder zum gleichen Zeitpunkt an mehreren sichtbaren Stellen eines Ortes und das Anschmieren von Hakenkreuzen oder SS-Runen an Bekanntmachungstafeln, Betriebswandzeitungen, Hauswänden und Zäunen. Der Inhalt richtet sich meistens gegen unsere demokratische Entwicklung allgemein, gegen Staats- und Parteifunktionäre im Besonderen sowie gegen die Politik von Partei und Regierung. In der letzten Zeit wurden dabei folgende Schwerpunkte festgestellt:

- Vom 1. zum 2.7.1956 16 Hetzlosungen an Schulen und anderen Objekten in Beelitz, [Bezirk] Potsdam. Inhalt richtete sich gegen führende Staatsfunktionäre.
- Vom 2.8. zum 3.8.1956 fünf Hakenkreuze (mit Kreide) am Zaun des Gemeindebüros in Brück, [Bezirk] Potsdam.
- Vom 15. zum 16.6.1956 in der Ernst Thälmann-Straße vier Hakenkreuze und zwei SS-Runen (mit roter Farbe).
- In der Stadt Jarmen, [Kreis] Demmin, [Bezirk] Neubrandenburg, fortgesetzt Hakenkreuze an öffentlichen Gebäuden.
- Vom 11.9. zum 12.9.1956 Losungen an 20 Häusern in Klein Ballhausen, [Bezirk] Erfurt.
- In den Monaten Juni und Juli 56 in der Zentral-Fräseerei des VEB Rheinmetall Sömmerda, [Bezirk] Erfurt, insgesamt 27 Hetzlosungen.
- Seit dem 18.7.1956 in dem »Fortschrittschacht II« des VEB Kupferbergbau Eisleben, [Bezirk] Halle, laufend Hetzlosungen (mit Kreide) an Förderwagen.⁴⁴

Abschließend sei bemerkt, dass nur in einzelnen Fällen bisher die Täter ermittelt werden konnten.

3b) Gerüchte

Die Verbreitung der einzelnen und verschiedenartigsten Gerüchte ist meist örtlich begrenzt und erstreckt sich nur in wenigen Fällen auf einen oder mehrere Kreise eines Bezirkes. Dabei zeichnen sich deutlich zwei Dinge ab: 1.) Die Gerüchte werden von feindlichen Elementen bewusst verbreitet, um unter der Bevölkerung Unruhe zu schaffen und 2.) beinhalten die Gerüchte entstellte wiedergegebene Tatsachen.

Am stärksten ist gegenwärtig das Gerücht verbreitet, dass nach Abschaffung der Lebensmittelkarten die Preise ziemlich ansteigen und keine Garantie für eine ausreichende Belieferung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gegeben sei.⁴⁵ Des Weiteren wurden Gerüchte verbreitet:

- In fast allen Kreisen des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, dass die Produktion des Pkw »Wartburg« eingestellt würde, da es sich um ein westdeutsches Patent handeln soll.⁴⁶
- In den Grenzgemeinden des Kreises Eisenach, [Bezirk] Erfurt, dass der Sperrzonenzuschlag⁴⁷ für Arbeiter sowie die Herabsetzung des Ablieferungssolls für die Bauern wegfallen würden.
- In dem Ort Königeroode und in der Tbc-Heilstätte Schielo (Harz) im Kreis Quedlinburg, [Bezirk] Halle, dass unsere Regierung am 15.10.1956 durch eine neue ersetzt würde.
- Unter der Bevölkerung des Kreis Finsterwalde, [Bezirk] Frankfurt/O., dass die in diesem Kreis ehemals stationierten Truppen der SU nicht demobilisiert, sondern nur nach Frankfurt/O. gekommen sind. Die SU würde ihre Truppen nicht abziehen, sondern nur innerhalb der DDR verschieben.

3c) Flugblattverteilung

Im Monat September wurden von den verschiedenen Agentenzentralen⁴⁸ und Ostbüros⁴⁹ durch Ballon 640 073 (nach unvollständigen Angaben) Hetzschriften und auf dem Postwege (Gesamtzahl noch nicht bekannt) in die DDR eingeschleust. Im Vormonat wurden auf dem Postwege 110 604 Hetzschriften versandt (davon gelangten 1 297 in die Hände der Empfänger) und 1 334 123 Hetzschriften durch Ballon festgestellt. Die Zahl der bis jetzt gefundenen bzw. gesichteten Ballons im September beträgt 1 324 Stück. Das sind 350 Ballons mehr als im Vormonat.⁵⁰ Das Hetzmaterial gelangte nur im geringen Maße unter die Bevölkerung.

Die von den einzelnen Agentenzentralen sowie Ostbüros verbreiteten Hetzschriften befassen sich weiterhin mit den Problemen des XX. Parteitagess der KPdSU.⁵¹ Dabei dienen besonders die Fragen des Personenkultes zur Hetze gegen die Führung unserer Partei. Den angeblich vollständigen Wortlaut der internen Rede des Genossen Chruschtschow verschickten verschiedene Agentenzentralen.⁵²

Auch im Monat September hat das SPD-Ostbüro mit 119 192 Stück (Vormonat 470 000) den größten Anteil bei der Hetzschriftenverbreitung. Die Verbreitung von Hetzschriften durch Auslegen, Ankleben usw. ist im Vergleich zum Vormonat gleichbleibend. Monat August: 61 Fälle; Monat September: 61 Fälle.

Neue Methoden des Gegners

- In den Bezirken Schwerin, Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt wurden in letzter Zeit »politische Kettenbriefe« verschickt. Diese enthalte Aufforderung an die Empfänger, die Exemplare zu vervielfältigen und weiterzuschicken. Auch ist die Rede darin von sogenannten Schweigemärschen, die jeden Mittwoch um 19.00 Uhr zehn Minuten lang durchgeführt werden sollen.⁵³
- In Leipzig wurden bisher fünf Hetzbriefe mit der Unterschrift »Flüsterbewegung« festgestellt. Die Empfänger dieser Briefe werden aufgefordert, »die SED-Genossen zu verachten, das Deutschtum hochzuhalten, gegen den Kommunismus zu kämpfen und die Wehrpflicht Westdeutschland zu unterstützen«. ⁵⁴ Außerdem werden die Empfänger aufgefordert, die Briefe abzuschreiben und weiter zu versenden.
- Von Westberlin aus werden Lebensmittelpakete und Geldsendungen in die DDR verschickt. Dadurch briefliche Verbindungsaufnahme mit Personen aus der DDR. Empfänger sind Angehörige von Inhaftierten des 17.6.[1953] und alte Gewerkschafts- und SPD-Leute. Die Zahl der angefallenen Briefe beträgt im Juli 11, im August 22 und im September 39. Das ist Höchststand dieses Jahres.⁵⁵
- Das SPD-Ostbüro verpackt in die Hetzschriften Geburtstagskarten mit einer Westberliner Anschrift, die dann in dem jeweiligen Ort, wo die Hetzschriften aufgefunden wurden, durch Bürger der DDR in die Postkästen eingeworfen werden sollen. ⁵⁶ Diese Geburtstagskarten sind handschriftlich mit Grüßen zum Geburtstag beschriftet und mit der Adresse Bundesplatz 8 bei Betzel versehen.⁵⁷ Durch diese Art versucht wahrscheinlich das Ostbüro nicht nur die Fundstellen der Hetzschriften in Erfahrung zu bringen, sondern auch Adressenmaterial von Bürger der DDR zu sammeln.

3d) Terror

In der letzten Zeit sind Terrorfälle nur sehr selten aufgetreten.

- Am 31.7.1956 wurde der Instrukteur der SED-Kreisleitung Priorau, [Kreis] Bitterfeld, von dem Mähdrescherführer der MTS Jeßnitz, [Kreis] Bitterfeld, niedergeschlagen und in den Dorfteich geworfen, um ihn zu ertränken. Der Instrukteur hatte auf der vorangegangenen Bauernversammlung gegen die hohen Forderungen der Bauern Stellung genommen.⁵⁸
- Am 4.9.1956 erhielt die Bürgermeisterin von Oberrothenbach, [Kreis] Zwickau, einen anonymen Brief, in dem ihr und anderen Funktionären Ermordung gedroht wurde. Außerdem wurde darin die Partei und Regierung beschimpft, mit einem neuen 17. Juni und mit der Sprengung Gemeindeamtes und einem Kesselhaus gedroht.⁵⁹
- Am 22.9.1956 wurde der LPG-Vorsitzende von Eckersbach,⁶⁰ [Stadtteil von] Zwickau niedergeschlagen und gewürgt. Die Familie des Täters war aus der LPG ausgeschlossen worden und erhielt nicht das alte Land sowie Pflanz- und Saatgut zurück.
- Öfters wurden vermutlich Terrorfälle festgestellt, die sich zu einem großen Teil gegen Angehörige der VP, KVP und Volksarmee richteten.
- Am 19.8.1956 wurde ein Angehöriger der Volksarmee von einer unbekanntenen männlichen Person überfallen [und] durch Messerstiche verletzt.
- In Berlin, Dresden, Leipzig kam es in mehreren Fällen zu Tötlichkeiten gegen VP-Angehörige, die ihren Dienst ausübten (siehe auch Situationsberichte).⁶¹

3e) feindliche Gruppierungen

Anzeichen, die auf die Tätigkeit von Untergrundgruppen schließen lassen, gibt es in fast allen Bezirken. In mehreren Fällen ist sogar eine Organisationsform solcher Gruppen erkennbar, ohne aber bis jetzt in jedem Falle den Beweis für deren feindliche Tätigkeit erbringen zu können. In der Hauptsache handelt es sich um ehemalige NSDAP-Mitglieder, kleinbürgerliche Elemente, ehemalige Angehörige der SPD und zum Teil auch um ehemalige Inhaftierte.⁶² Einige Beispiele:

- Im BKW Greifenhain, [Kreis] Spremberg⁶³, existiert eine Gruppe »Blauer Span« (überwiegend NSDAP-Mitglieder), die unter der Parole »langsam arbeiten« die Normerfüllung sabotiert und andere Kollegen in ihrer Arbeit behindert. Die Zusammenkünfte werden als Geburtstagsfeiern und gemeinsame Ausflüge getarnt. Jedes Gruppenmitglied zahlt monatlich DM 5,00 in eine Kasse, die als Sparvertrag des Vorsitzenden getarnt ist.
- Im Bezirk Magdeburg bilden vorzeitig entlassene ehemalige Häftlinge Untergrundgruppen.⁶⁴ Bei der Werbung wird erklärt, dass sie durch Forderung der SPD entlassen wurden und sich deshalb erkenntlich zeigen und etwas tun müssen (überprüft).⁶⁵ Ebenfalls in Magdeburg beabsichtigt eine Gruppe Flugblätter gegen die DDR zu verbreiten (überprüft).⁶⁶
- Im VEB Schleifmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt schreibt eine »Widerstandsgruppe XYZ« seit längerer Zeit Drohbriefe an führende Funktionäre der Partei und Regierung.
- In Brand-Erbisdorf, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt, existiert eine achtköpfige Gruppe von Unternehmern und Handwerkern (überwiegend NDP-Mitglieder), die schon am 17.6.[1953] in Erscheinung traten, sich jetzt als Kegelclub tarnen und hauptsächlich Hetze betreiben.
- Weitere ernst zu nehmende Gruppen existieren im
 - Bezirk Cottbus: Holzdorf Kreis Jessen, Cottbus, Finsterwalde, Spremberg (hier wurden Jugendliche, die an den Zeltlagern der »Falken« und »Jungsozialisten«⁶⁸ in Westdeutschland teilnahmen, von den Falken beauftragt, illegale Falkengruppen zu bilden), Herzberg (UfJ) [Bad-]Liebenwerda (NTS).⁷⁰
 - Bezirk Karl-Marx-Stadt: Reichenbach (Großbauern), Freiberg, Karl-Marx-Stadt, Hainichen, Crimmitschau, Rochlitz (SPD)
 - Bezirk Neubrandenburg: Kruckow (SPD), Penzlin (Nazi)
 - Bezirk Rostock: Horst, [Kreis] Grimmen, Brandshagen, [Kreis] Grimmen
 - Bezirk Suhl: Ilmenau, Sonneberg, Rauenstein, Schalkau
 - Bezirk Frankfurt/O.: Seelow, [Bad] Freienwalde, Strausberg.

Lage an den Universitäten

Bezirk Rostock

Seit dem Beginn des neuen Semesters wird an den Universitäten besonders über die Bildung des Studentenrates und über die Auflösung der FDJ (da nach Meinung einiger Funktionäre der Partei und FDJ eine parallele Arbeit des zu bildenden Studentenrates und der FDJ keinen Erfolg versprechen) diskutiert. Die Auflösung der FDJ wurde besonders vom 2. Sekretär der PO popularisiert.⁷¹ Von zentralen Stellen sind keine konkreten Hinweise über die beabsichtigten Organisationsformen, Studentenrat und FDJ, bekannt.

Die FDJ-Arbeit an den Universitäten ist noch mangelhaft, während die evangelische Studentengemeinschaft immer aktiver wird und sich jetzt hauptsächlich an den Kliniken der Universitäten konzentriert.⁷² Die Studentengemeinde in Greifswald arbeitete früher sehr aktiv unter den Medizinstudenten. Da jetzt viele Studenten der KVP an dieser Fakultät studieren,⁷³ haben sie ihre Tätigkeit auf die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät verlegt.

Den KVP-Studenten in Greifswald wurde bei der Aufnahme zugesichert, nach Absolvierung des Staatsexamens eine Facharzt-Ausbildung abzulegen. Jetzt aber sollen sie sich für zehn Jahre verpflichten und von den nationalen Streitkräften übernommen werden. 60 KVP-Studenten haben sich deshalb wieder entpflichten lassen.⁷⁴ Die KVP-Studenten sind der Meinung, dass sie nach Beendigung des Staatsexamens gern drei Jahre als Truppenarzt arbeiten wollen, ihnen aber schon jetzt zugesichert werden muss, ob sie nachdem ihre Facharzt-Ausbildung durchführen können. Im 4., 5. und 6. Studienjahr ist dies den Studenten zugesichert worden, in den übrigen Studienjahren nicht.

Durch einen westdeutschen Messebesucher wurde bekannt, dass eine westdeutsche Ärztin, die seit einigen Jahren an der Universität Greifswald beschäftigt ist, den Auftrag hat, den Rektor der Universität Greifswald, Prof. Dr. Katsch,⁷⁵ abzuwerben oder andernfalls neueste Forschungsergebnisse in der Diabetik und einen Facharzt nach Westdeutschland zu vermitteln.

Bezirk Halle

Die Studenten der Universität sind unzufrieden, weil sie statt 30 Stunden (wie vom Staatssekretariat für Hochschulwesen festgelegt) 46 Stunden wöchentlich beansprucht werden. An der medizinischen Fakultät erklärten in letzter Zeit mehrere SED-Mitglieder der Lehrkörper ihren Austritt. Es wird angenommen, dass sie von den vorgesetzten Professoren dazu genötigt werden.⁷⁶ In der letzten Zeit wurden besonders durch die KgU⁷⁷ und das Ostbüro der SPD Hetzmaterialien an Personen des Lehrkörpers an den Studenten geschickt.

Bezirk Gera

Der bürgerliche Einfluss an der Universität Gera, besonders in der medizinischen Fakultät, ist noch stark, auch in den Reihen unserer Genossen. Genossen dieser Fakultät werden benachteiligt. Den bürgerlichen Professoren kann jedoch nichts nachgewiesen werden. So fielen z. B. auch bei den diesjährigen Prüfungen prozentual gesehen noch mehr Genossen Medizinstudenten durch als andere.

Die FDJ-Arbeit an der Universität ist schwach, wogegen die evangelische Studentengemeinde (ESG) einen starken Einfluss, insbesondere an der medizinischen Fakultät hat.⁷⁸ Den aktiven Kern bilden etwa 13 Theologen. Die ESG führt nicht nur Bibelstunden, sondern auch interessante Vorträge und Freizeitgestaltung durch. Eine zentrale Rolle spielt hierbei der Studentenpfarrer Krannich.⁷⁹

Berlin

Die »Falken«, der Sozialistische Studentenbund⁸⁰ und die »Junge Gemeinde« entfalten eine starke Tätigkeit unter den Studenten der Humboldt-Universität. Die »Falken« haben sich besonders in der medizinischen Fakultät konzentriert und haben beim Landesverband der SPD beantragt, dort eine Gruppe organisatorisch aufzubauen. Der Landesverband hat bisher noch nicht zugesagt.⁸¹ Der Vorsitzende der »Falken« Harry Ristock⁸² hat eine Generallinie zur Verstärkung der Arbeit der »Falken« im demokratischen Sektor herausgegeben und hat besonderes Augenmerk auf die Arbeit der Universität gelegt.

Bezirk Leipzig

An der ABF der Karl-Marx-Universität unterhält eine Gruppe von Dozenten Verbindungen zur Agentenzentrale »Freie Junge Welt«⁸³ in Westberlin.

Lage an den Hochschulen

Zahlreiche (der) Studenten der TH Dresden und der Pädagogischen Hochschule Potsdam haben ihre Ferien in Westdeutschland verbracht und nahmen auch teilweise an Studentenlagern teil. Die westliche Beeinflussung macht sich bei einer Anzahl Studenten bemerkbar.

An der Hochschule für Elektrotechnik in Ilmenau bestehen Raumschwierigkeiten. Dadurch müssen einzelne Institute sehr beengt arbeiten. Diese Schwierigkeiten können erst im Frühjahr 1957 beseitigt werden. Eine gewisse Missstimmung unter dem wissenschaftlichen Personal ruft der Wohnraumangel hervor. Auch die Unterbringung der Studenten bereitet große Schwierigkeiten. Einige Hundert Studenten müssen in den umliegenden Ortschaften untergebracht werden. Die Entfernung beträgt zum Teil 15 Kilometer.

An der Hochschule für Binnenhandel Leipzig herrscht gegenwärtig Unzufriedenheit über die bürokratische Arbeitsweise der Hochschulleitung und der zentralen Parteileitung. Die Politik wird angeblich von einer kleinen Gruppe bestimmt. Mehrere Wissenschaftler äußern offen oder versteckt den Wunsch, die Hochschule zu verlassen, darunter die Fähigsten, z. B. die Genossen Dr. Heinrichs⁸⁴ und Dr. Fabiunke.⁸⁵

An der Hochschule für Maschinenbau in Karl-Marx-Stadt ist für die einzelnen Fachrichtungen der Institute ein Mangel an qualifizierten Lehrkräften vorhanden. Die Ursachen hierfür sind, dass die Entlohnung der Ingenieure an den Industriebetrieben höher liegt als an den Lehranstalten.

In Westdeutschland wird verstärkt mit dem Aufbau von Fachschulen nach unserem Muster begonnen. In Westdeutschland besteht ein Mangel an Lehrkräften und die Gehaltszahlung ist dort bedeutend höher.⁸⁶ Das kann zu einem verstärkten Abgang von Dozenten nach Westdeutschland führen.

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt ist festzustellen, dass zwar die Junge Gemeinde und ESG in der letzten Zeit nicht mehr den Einfluss ausüben, als vordem, aber noch vorhanden sind [sic!]. Es kommt oft zu starken Meinungsverschiedenheiten in den Fächern Gesellschaftswissenschaft.

Im Bezirk Neubrandenburg versucht die Kirche Oberschüler für die »Junge Gemeinde« zu gewinnen, um ihren Einfluss geltend zu machen. Bei einem Teil der Oberschüler sind starke westliche Tendenzen vorhanden. Es wird westliche Schundliteratur gelesen und Fahrten nach Westberlin unternommen. Oberschüler aus Anklam treffen sich zu Schularbeiten in der Wohnung eines gewissen Schwarz, beschäftigt beim Kreisvorstand der CDU. Schwarz hat westliche Verbindungen und macht seinen Einfluss auf die Schüler geltend.

Lage unter der Jugend

Die Verbindung des Zentralrates der FDJ zu den Bezirksleitungen ist sehr ungenügend. Z. B. hat sich der verantwortliche Instrukteur des Zentralrates für den Bezirk Neubrandenburg schon länger als drei Wochen nicht in der Bezirksleitung sehen lassen. Die Bezirksinstruktoren werden in anderen Bezirken eingesetzt und verlieren darum den Überblick über ihren Bezirk. Nur ein Teil der FDJ-Mitglieder ist wirklich aktiv. Auch versteht die FDJ noch nicht immer, die breite Masse der Jugend für sich zu gewinnen. Demgegenüber ist aber festzustellen, dass es die katholische und evangelische Kirche versteht, einen Teil der Jugendlichen an sich zu ziehen. Z. B. gibt es in Neustrelitz ein »Borwin-Heim«, welches der evangelischen Kirche untersteht.⁸⁷ Hier konzentrieren sich ca. 250 Jugendliche, die zahlreiche Singabende und Wanderungen durchführen. In der Ortschaft Blumenholz, [Kreis] Neustrelitz, äußerte der FDJ-Sekretär: »Ich kann sie nicht halten, sie laufen alle zur »Jungen Gemeinde«.⁸⁸

Unter den Jugendlichen der DDR werden in letzter Zeit Stimmen laut, die die Bildung von Filmclubs fordern.

Im Kreis Bad Salzung hat sich ein starkes Ansteigen der Jugendkriminalität bemerkbar gemacht. In der Hauptsache traten Eigentumsdelikte auf. Sittlichkeitsvergehen wurden in drei Fällen bekannt.

In den Kreisen Prenzlauer Berg, Köpenick, Weißensee und in einigen Westkreisen haben einige Kreisfunktionäre der FDJ die Absicht, ihre Tätigkeit aufzugeben. Die gleiche Tendenz besteht bei den Pionierleitern.

Seit Mitte Juni 1956 tritt im Ort Lehnitz, [Kreis] Oranienburg, eine Gruppe von zwölf bis 19 Jugendlichen durch rowdyhaftes Benehmen in Erscheinung. Sie zerstörten Gartenzäune, Klingelanlagen und die Wetterstation der Schule.

Zwei Jugendliche unter 16 Jahre aus dem Kreis Neuhaus, [Bezirk] Suhl, waren in ihrem Urlaub in einem Heim der »Aktionsgemeinschaft Freier Jugend Mitteldeutschland« und erhielten dort Decknamen.⁸⁹

Umsiedlertreffen

Im »Löwenbräu« Leipzig treffen sich regelmäßig Gruppen von ehemaligen Umsiedlern aus Gleiwitz⁹⁰/Beuthen sowie anderen Orten Schlesiens und Ostpreußens. Diese Gruppen umfassen ca. 15 bis 20 Personen. Hier werden politische Diskussionen geführt, die sich mit der Lage der Umsiedler, der Oder-Neiße-Grenze, des Katholikentages⁹¹ sowie den Verhältnissen in der DDR und der Bundesrepublik beschäftigen.

4.) Republikflucht

Aus fast allen Bezirken der DDR wird ein Ansteigen der Republikfluchten im Monat August gegenüber dem Vormonat gemeldet. Sie betragen nach den statistischen Unterlagen der HVDVP in den Monaten Juni 26 841, Juli 22 763 und im August 26 660.

Aus den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Dresden wurde ein starkes Ansteigen der Republikflucht von Jugendlichen im Alter von 15 bis 25 und von Personen im Alter von 25 bis 35 Jahren gemeldet.

Im Bezirk Erfurt wurde hauptsächlich im VEB Rheinmetall Sömmerda und im VEB »Einheit« Mühlhausen eine starke Fluktuation von Jugendlichen nach dem Westen festgestellt. Als Gründe werden Abenteuerlust, Suche nach »besseren Lebensverhältnissen« in Westdeutschland und Beeinflussung während des Urlaubsaufenthaltes in Westdeutschland angegeben. Aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt wird mitgeteilt, dass die Ursache für die starke Republikflucht unter den Jugendlichen mit in der schlechten FDJ-Arbeit zu suchen ist, wobei die Jugend sich selbst überlassen ist.

Bei der DSU ist durch die Republikflucht ein Personalmangel eingetreten, sodass die Schiffe infolge unvorschriftsmäßiger Besetzung zeitweise nicht eingesetzt werden können. Die Gründe liegen in der höheren Bezahlung im Westen.⁹²

Als besonderer Schwerpunkt im Bezirk Gera gilt der VEB Zeiss Jena. Von 56 Republikflüchtigen aus diesem Betrieb im August sind 27 Hilfsarbeiter, 22 Facharbeiter, drei Angestellte, ein Konstrukteur und drei Lehrlinge.⁹³ Die Gründe sind zahlreiche Briefverbindungen zu Republikflüchtigen im Zeiss-Werk in Oberkochen sowie schlechte Wohnverhältnisse in Jena und Beeinflussung durch Verwandte und Bekannte in Westdeutschland.

Eine starke Republikflucht von Lehrern wurde aus den Bezirken Frankfurt/O. und Potsdam bekannt, welche in z. T. harten und bürokratischen Maßnahmen der Schulbehörden und des Staatsapparates, religiösen Bindungen, Wohnungsschwierigkeiten sowie persönlichen und familiären Gründen, Gehaltsfragen und gesellschaftlicher Überlastung ihre Ursache haben.

In der Schuhfabrik VEB »Banner des Friedens« in Weißenfels, [Bezirk] Halle, wurden mehrere Arbeiter republikflüchtig, da bei ihnen durch betriebliche Umstellungen und Materialschwierigkeiten Lohnausfälle entstanden.

Im Bezirk Halle wurde im August ein starker Anstieg der Republikflucht unter den Industriearbeitern beobachtet, der im Kreis Köthen um 94 % höher liegt als im Vormonat.

In Aschersleben, [Bezirk] Halle, wird ein Ansteigen der Republikflucht mit PM 12a⁹⁴ um 133 % zum Vormonat gemeldet.

Im Bezirk Erfurt kam eine große Anzahl von Personen vom katholischen Kirchentag in Köln nicht zurück. In Briefen teilen sie ihren Angehörigen mit, dass sie auf diese Weise dem »starken Druck« und der »Unfreiheit« in der DDR entgangen seien.

Aus der »Mathias-Thesen-Werft« in Wismar wurden hauptsächlich Facharbeiter und Schweißer republikflüchtig.

Krankenschwestern und Pflegepersonal wurden überwiegend aus dem Bezirk Potsdam und aus den Wismut-Krankenhäusern im Kreis Schwarzenberg, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt, republikflüchtig.

Aus Meiningen, [Bezirk] Erfurt, wird die Republikflucht von Dienststellenleitern, Fahrdienstleitern und Kontrolleuren der Reichsbahn gemeldet.

In der Industrie liegt der Schwerpunkt der Republikfluchten hauptsächlich bei ungelernten Arbeitern, Facharbeitern und Jugendlichen. Die Gründe für die Republikfluchten können vielfach nicht ermittelt werden und erstrecken sich daher oftmals auf Vermutungen. Gründe zur Republikflucht sind persönliche und familiäre Gründe und Verbindungen, Sollrückstände und erhöhte SVK-Beiträge in der Landwirtschaft⁹⁵ usw. Rein politische Gründe und kriminelle Delikte treten selten in Erscheinung. Im Grenzgebiet spielt die Beeinflussung durch die Westsender eine Rolle, da in Grenznähe die DDR-Sender nur schlecht zu hören sind. Aus Rostock wird die formale Durchführung der Maßnahmen zur Verhinderung der Republikflucht seitens der Partei und Staatsorgane sowie mangelnde gesellschaftliche Arbeit als Ursache für das Ansteigen der Republikflucht bezeichnet.

Ein Beispiel für versuchte Abwerbung wurde aus dem Bezirk Halle bekannt. Ein Autofachmann aus Halle wurde während eines Kuraufenthaltes im Juli von zwei Herren von Mercedes Benz aus Westdeutschland aufgesucht, die ihm dort eine Stellung anboten. Dabei wurde er aufgefordert, im September die Mercedes-Generalvertretung in Westberlin aufzusuchen.

Durch den SU-Spezialisten B. aus dem VEB MAB Dresden wurde bekannt, dass dessen Eltern in Griesheim⁹⁶ mehrere Male von einer Person aufgesucht wurden. Diese Person teilte ihnen mit englischem Akzent mit, dass für B. auf seinem Fachgebiet eine Stellung mit hohem Verdienst vorhanden sei. Dies wurde dem B. von seinen Eltern mitgeteilt, als er dort zu Besuch weilte.

Die Familie des in der SU weilenden Chefkonstruktors aus dem VEB MAB Schkeuditz, [Kreis] Leipzig[-Land], wurde im September in einem Telegramm aufgefordert, am nächsten Tag mit ihren Kindern in Berlin am Ostbahnhof zu sein. Das Telegramm war von einem Residenten des amerikanischen Geheimdienstes unterzeichnet, der sich mit Abwerbung von Spezialisten beschäftigt. Bereits vorher war eine Person in die Wohnung eingedrungen, die sich nach Überraschung durch die Frau des Spezialisten als Staatssicherheit ausgab und beim Weggang die Telefonleitung zerschnitt. Seit Mai wird von einer feindlichen Dienststelle versucht, den Chefkonstrukteur, welcher SU-Spezialist ist, nach Westdeutschland abzuführen (ist noch nicht überprüft).

[5.) Was gibt es für Feindtätigkeiten?]

5a) Spionage

Bei der Bekämpfung der Spionage tritt besonders der amerikanische Geheimdienst in Erscheinung.⁹⁷ So erteilt er an seine Agenten Aufträge, besonders Industriezentren, Energiebetriebe, Treibstofflager, Talsperren, Transformatorenstationen und Transportbetriebe neben militärischen Objekten aufzuklären. Weiter wurde bekannt, dass die Agenten angewiesen werden festzustellen, wann und wohin Staatsfunktionäre der DDR fahren, welche Strecken sie befahren und in welchen Zeitabständen diese Fahrten wiederholt werden.⁹⁸ Einen besonderen Schwerpunkt der Spionagetätigkeit des Gegners bildet die SDAG Wismut.⁹⁹ Der MID¹⁰⁰ interessiert sich hierbei besonders für die Erzfabriken Crossen und Freital.

Aus dem Bezirk Cottbus wird als neue Methode des MID bekannt, dass die angeworbenen Agenten den Auftrag erhalten, sich eine bis zwei weitere Personen zur Spionagetätigkeit zu suchen. Dabei sammelt eine Person Spionagematerial, eine weitere Person schreibt den Bericht mit Geheimtinte, während eine andere Person einen belanglosen Klartext und die Adresse schreibt. Vom MID wird an die Agenten auch der Auftrag gegeben, sich über die GST als Funker für eine Einschleusung in die Nationale Volksarmee vorzubereiten.¹⁰¹

Von der amerikanischen Dienststelle Berlin Onkel-Tom-Straße 83¹⁰² werden Agenten anderer Dienststellen übernommen und beauftragt, im Manövergelände der Sowjetarmee im Bezirk Magdeburg die Truppenstärke und Bewaffnung festzustellen. Aus dem Bezirk Magdeburg wurde weiter bekannt, dass die amerikanischen Geheimdienste eine Kette von »TBK« (Briefkästen) anlegen lässt, die sich von der Grenze, Kreis Wernigerode, über Halberstadt, Magdeburg und Burg in Richtung Berlin erstreckt.

Nach Mitteilungen aus dem Bezirk Erfurt interessiert¹⁰³ sich der amerikanische Geheimdienst in Kassel besonders stark für die Herbstmanöver der Sowjetarmee und der Nationalen Volksarmee, die zzt. im Kreis Langensalza durchgeführt werden. Dabei interessiert besonders, ob an den Manövern der Sowjetarmee Angehörige der NVA teilnehmen und welche Flurschäden angerichtet werden.

Von der Bezirksverwaltung Leipzig wird berichtet, dass der amerikanische Geheimdienst seit dem 25.9.1956 einen sogenannten »Sondereinsatz« mit seinen Agenten durchführt und diese zu Beobachtungsfahrten in bestimmte Orte der DDR schickt, um angeblich größere Truppenverschiebungen der sowjetischen Einheiten zu ermitteln.

Eine verstärkte Spionagetätigkeit im Flugwesen zeigt vor allem der Osi.¹⁰⁴ Nach unbestätigten Mitteilungen beabsichtigt der amerikanische Geheimdienst sich nach Westdeutschland zurückzuziehen und in Westberlin nur einen kleinen Stab von Mitarbeitern zu belassen. Dafür soll die Arbeit des westdeutschen Geheimdienstes Gehlen¹⁰⁵ und »Amt für Verfassungsschutz«¹⁰⁶ ausgebaut werden, wobei die besten und zuverlässigsten Agenten der Amerikaner übergeben werden sollen.

Zum englischen Geheimdienst wurde festgestellt, dass er von seinen auf Perspektive berechneten Maßnahmen abgeht und die Anschreibemethode und den Einsatz von Kurieren ohne besondere Überprüfung vornimmt. Der englische Geheimdienst ist besonders interessiert an höheren Offizieren der NVA und an der Aufklärung von militärischen Objekten, vor allem der Flugplätze in Werder bei Potsdam, Dresden-Klotzsche, Welzow, Querfurt, Oranienburg, Kamenz und Borstel bei Stendal. Zur Ausübung der Spionagetätigkeit erhielt z. B. der festgenommene Agent [Name 1, Vorname] vom englischen Geheimdienst ein Fernglas, einen Fotoapparat und Spezialpapier für die Nachrichtenübermittlung. Er bekam ferner ein Codesystem und erhielt den Auftrag, einen TBK anzulegen, wo er im »Ernstfall« seine Nachrichten in verschlüsselter Form ablegen sollte. Auch er hatte den Auftrag zur Militärspionage auf dem Flugplatz Welzow.

Der französische Geheimdienst tritt weniger in Erscheinung, jedoch wurde festgestellt, dass er in der letzten Zeit mehr finanzielle Mittel als vorher zur Verfügung stellt.

Vom »Landesamt für Verfassungsschutz« wurde bekannt, dass es sich besonders auf die SED konzentriert. Dabei wird vor allem versucht festzustellen, welche Mitglieder der SED, die in Westberlin wohnen, mit dem MfS in Verbindung stehen. Weiter interessiert sich das LfV für die Stimmung in der VP und für Senatsangestellte, die im demokratischen Sektor wohnen, da angenommen wird, dass ein großer Teil mit dem MfS zusammenarbeitet.

Vom deutschen Geheimdienst »Amt Blank«¹⁰⁷ wurde bekannt, dass es versucht, Agenten im Ministerium für Verkehr HV Schifffahrt anzuwerben.

5b) Schaffung von Stützpunkten

Bei der Schaffung von Stützpunkten in der DDR zeigt sich besonders der amerikanische und englische Geheimdienst aktiv. Dabei versucht der Amerikaner Gruppen zu schaffen, mit deren Hilfe ein neuer 17. Juni provoziert werden soll. Hierbei werden auch Anweisungen für den sogenannten »Ernstfall« gegeben, wo die »Partisanengruppen« mit Funkgeräten arbeiten sollen. Der Amerikaner versucht weiterhin Stützpunkte zu schaffen, wo er Waffen, Munition, Sprengstoffe, Funkgeräte und »Führer von Widerstandsgruppen« unterbringen kann.¹⁰⁸

Nach vorliegenden Berichten werden in Westdeutschland geeignete Republikflüchtige und andere Personen geschult, die als Rückkehrer bzw. Asylsuchende in die DDR kommen und im Auftrage amerikanischer Dienststellen Bandengruppen aufbauen bzw. bestehende Gruppen als Leiter übernehmen sollen.

Für den Amerikaner schon tätigen Funkern wurde die Frage gestellt, ob sie bereit wären, sich im »Ernstfalle« sogenannten »Partisanengruppen« anzuschließen. Vom amerikanischen Geheimdienst wird ferner versucht, Partei- und Staatsfunktionäre für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, mit dem Ziel, dass diese im »Ernstfall« sofort die Geschäfte weiterführen könnten.

Der CIC, Dienststelle Walther,¹⁰⁹ stellt seinen Agenten die Aufgaben für den »E-Fall«:

- a) Funkgerätelagerung
- b) Sprengstofflagerung
- c) Waffenlagerung
- d) Personenübernachtung
- e) Funkstützpunkte

Weiter wird von dieser Dienststelle der Auftrag zum massenweisen Anlegen von TBK gegeben und das Anlegen eines Waffenstützpunktes im Wismut-Gebiet geplant. Durch die MID-Dienststelle in Westberlin ist vorgesehen, im Wismut-Gebiet einen »Funkstützpunkt« einzurichten, der für den Einsatz einer »Partisanengruppe« im »-Fall«¹¹⁰ eingerichtet sein soll.

Aus dem Bezirk Magdeburg wird bekannt, dass der amerikanische Geheimdienst im Kreis Wernigerode, Fürstenwalde und Caputh sogenannte »Funkmeldeköpfe« einrichten will. Dazu erhielt ein Agent bereits seit einem Jahr Ausbildung in der Funktechnik.

Im [Kreis] Schmalkalden, [Bezirk] Suhl, meldete sich eine Person, die vom Amerikaner angeworben wurde. Neben der Sammlung von Spionageinformationen erhielt diese Person den Auftrag, negative Menschen der amerikanischen Dienststelle in Westberlin, Spindelmühler Weg 27,¹¹¹ zuzuführen, wo sie waffentechnische Ausbildung erhalten und mit Waffen versorgt werden sollen. Dazu wurde ihm bei der Werbung gesagt, man bemüht sich, bis Ende 1956 einen Ring aufzubauen, der organisierte Stänkereien und den endgültigen Aufstand durchführen soll.

Eine weitere Person aus dem Bezirk Frankfurt/O. wurde durch einen Residenten des amerikanischen Geheimdienstes in Westberlin gefragt, ob es ihm möglich ist,

1. eine Person für eine Nacht aufzunehmen,
2. in der Wohnung Waffen und Munition zu verstecken,
3. ein Funkgerät anzuschließen.

Weiter wird im Bezirk Frankfurt/O. eine Person bearbeitet, die im Juni 1956 vier Wochen in Frankfurt/M. gewesen sein will. Nach eigenen Angaben will diese Person im Besitz einer Waffe sein und in Frankfurt/M. Verbindung mit englischen Offizieren unterhalten haben. Diese Person äußerte: »Es dauert nicht mehr lange, dann wird es anders«, wobei ein gewaltsames Eingreifen durch die Westmächte gemeint war. Im Bezirk Rostock wurden zwei »Funkstützpunkte« des englischen Geheimdienstes festgestellt, die zu bestimmten Zeiten im Funkverkehr mit dem »Secret-Service« in Westdeutschland stehen. Eine festgenommene Person erhielt vom englischen Geheimdienst ein Funkgerät, ein Fernglas und zwei Fotoapparate. Zum Transport des Spionagematerials erhielt der Agent einen Spielzeugbär, in dessen Körper eine Kunststoffröhre eingelassen war. Die Funkgeräte dienten vorläufig zu Übungszwecken und sollten erst bei einer Abriegelung Berlins zum Einsatz kommen. Der festgenommene Roßbach¹¹² war Leiter einer Spionagegruppe des amerikanischen Geheimdienstes in Sonneberg, [Suhl]. Diese Gruppe erhielt vom amerikanischen Geheimdienst im Juni 1956 ein Funksprechgerät und der Kurier dieser Gruppe bereits im August 1955 zur Sicherung seiner Person beim Grenzübertritt eine Pistole und sechs Schuss Munition.

Zur Durchführung der Spionagetätigkeit in den Volksdemokratien zeigt sich besonders der amerikanische Geheimdienst interessiert an der Schaffung von sogenannten Schleusen. So erhielten angeworbene Schiffer den Auftrag, Möglichkeiten zu überprüfen, um Personen und Material auf dem Schiff mit in die Volksrepublik Polen einzuschleusen. Besonders in der letzten Zeit versuchen die Geheimdienste Agenten speziell von Schiffen zu werben, die in die [sic!] Volksrepublik Polen eingesetzt sind. In verschiedenen Fällen erhielten Agenten von Amerikaner den Auftrag, sich bei der DSU zu bewerben.

Weiter wurde bekannt, dass durch das westdeutsche Kriegsministerium ein Fallschirmjagd-Kommando aufgestellt wird, das im Kriegsfall mit den »V-Leuten« im feindlichen Hinterland« Verbindung aufnehmen soll. Dieses Kommando, dem 15 Soldaten angehören, soll auf 40 erhöht werden. Die Angehörigen dieses Kommandos müssen einen Lehrgang besuchen, wobei ihnen Andeutungen gemacht wurden, dass sie nach Beendigung in die DDR reisen sollen.¹¹³

5c) Waffenfunde

Aus allen Bezirken wurden Waffenfunde bekannt. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Handfeuerwaffen wie Karabiner, Pistolen, Jagdwaffen mit der dazugehörigen Munition. Vereinzelt auch um Handgranaten, Sprengkapseln und Panzerfäuste.¹¹⁴ Ein großer Teil dieser Waffen wurde im Freien oder bei Ausgrabungsarbeiten gefunden und stammt meist noch aus alten Heeresbeständen. Der andere Teil wurde in Privatgebäuden gefunden. Nur in geringem Maße konnte dabei das Besitzeigentum nachgewiesen werden. Bei den Fällen, wo das Besitzeigentum nachgewiesen wurde, handelt es sich im Wesentlichen um Großbauern und Besitzer von Mühlen, die im unberechtigten Besitz von Feuer- und Jagdwaffen und der dazugehörenden Munition waren. Dazu folgende Beispiele:¹¹⁵

- Bei einem Mühlenbesitzer in Bucha, [Bezirk] Gera, wurden folgende Waffen sichergestellt: ein KK-Gewehr mit Schalldämpfer, ein Karabine mit 237 Schuss Munition, eine Hahn-Doppelflinte mit zwei Schuss Munition, eine Pistole 9 mm mit zwei Magazinen und zwölf Schuss Munition, sechs Schuss Pistolenmunition 08 und zwei Seitengewehre.
- Bei einem Großbauern in Oberwiesbach, [Kreis] Rudolstadt, [Bezirk] Gera, ¹¹⁶ wurden folgende Waffen sichergestellt: Eine Doppelflinte mit Zielfernrohr, ein Schuss Munition für eine Bockflinte, 45 Schuss Karabiner- und 15 Schuss Mpi-Munition in gebrauchsfähigem Zustand.
- Im Einzelnen aufgeschlüsselt handelt es sich um folgende Waffenfunde:
 - Maschinenpistolen: 19
 - Karabiner: 78
 - Pistolen: 115
 - Jagdwaffen verschiedener Kaliber: 66
 - Maschinengewehre: 3
 - KK-Gewehre: 39
 - Tesching:¹¹⁷ 8
 - Trommelrevolver: 7
 - Gaspistolen: 1
 - Stichwaffen: 7
 - Panzerfäuste: 3
 - Die Munitionsfunde betragen im Einzelnen:
 - Karabinermunition: 6 604 Schuss
 - Pistolenmunition: 893 Schuss
 - Jagdmunition: 203 Schuss
 - KK-Munition: 300 Schuss
 - Teschingmunition: 775 Schuss
 - Mpi-Munition: 223 Schuss
 - Handgranaten: zehn Schuss
 - Granaten: vier Schuss

5d) Erscheinungen von Gangstermethoden im Auftrage von Geheimdiensten

Im Kreis Berlin-Mitte überfielen am 4.9.1953 drei Jugendliche in der Schmidstraße einen Taxifahrer um ihn zu berauben. Alle drei hatten Verbindung zum amerikanischen Geheimdienst (Täter wurden inhaftiert).

Im Kreis Berlin-Pankow ¹¹⁸ pöbelten sieben Jugendliche ältere Leute an und verursachten Schlägereien bei Veranstaltungen im Bürgerpark. Es wird vermutet, dass es sich um eine von Westberliner Agentenzentralen organisierte Bande handelt, da einer der Jugendlichen Agent des MID ist.

Auch aus Annaberg-Buchholz, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt, werden drei Fälle berichtet, wo von unbekanntenen Personen, wahrscheinlich in der Trunkenheit, ohne Grund Schlägereien verursacht wurden, bei denen mehrere Personen Verletzungen erlitten.

5e) Massenwerbungen

Es wurde bekannt, dass vor allem der amerikanische Geheimdienst MID Massenwerbungen vornimmt. Dabei stützt er sich vorwiegend auf Jugendliche und auch auf asoziale Elemente. Werber treten besonders an den S- und U-Bahnhöfen in Westberlin auf, wo sie Personen ansprechen, von denen sie vermuten, dass sie aus dem demokratischen Sektor kommen.

Des Weiteren kann unter den Beschäftigten der Reichsbahn von Massenwerbungen gesprochen werden. Hier stützt sich der MID besonders auf das fahrende Personal. Zu diesem Zweck sind Schlepper eingesetzt, die Eisenbahner, wenn sie die Westsektoren betreten, ansprechen und dem amerikanischen Geheimdienst zuführen.¹¹⁹

Weiter wurde bekannt, dass der amerikanische Geheimdienst wieder verstärkt zum Anschreiben von Personen übergeht. Aus dem Bezirk Rostock wird dazu berichtet, dass im Jahr 1956 ca. 150 Personen im Bezirk vom amerikanischen Geheimdienst angeschrieben und nach Westberlin eingeladen wurden. Diese Briefe wurden durch die Post zugestellt, wobei vereinzelt 20,00 bis 50,00 DM Fahrgeld beigelegt waren.

5f) Merkmale feindlicher Tätigkeit und Provokationen

Über Merkmale feindlicher Tätigkeit wird auf dem Gebiet der Landwirtschaft aus dem Kreis Reichenbach sowie aus dem Kreis Karl-Marx-Stadt berichtet, dass Bauern in provozierender Weise gegen die Bildung von LPG auftreten.¹²⁰

- In der LPG Breitenau, [Kreis] Flöha, versuchten reaktionäre Kreise durch Drohbriefe und Zerschlagen von Fensterscheiben, die Buchhalterin der LPG zu entfernen.
- In Reinsdorf, [Kreis] Zwickau[-Land], brannte die Scheune der LPG nieder. Als Brandstifter ist ein Großbauer verdächtig.
- Der Verdacht der Feindtätigkeit besteht auch im VEB Motorradwerk Zschopau. Hier sind in der 6. Nachtschicht in der mechanischen Abteil zahlreiche Stechkarten sowie Arbeitskarten entwendet worden, wodurch Differenzen in der Berechnung des Leistungslohnes eintreten können.
- An der Bahnstrecke zwischen Immelborn, [Kreis] Bad Salzungen, und Breitung, [Kreis] Schmalkalden, [Bezirk] Suhl, wurde von unbekannt Tätern der Kilometerstein 36,2 auf die Bahnleise gelegt und versucht den Kilometerstein 36 zu entfernen.

Parteien

Bei einer Ortsgruppenvorstandssitzung der CDU in Dittmannsdorf, [Kreis] Flöha, brachten die Vorstandsmitglieder Wächtler, Groß, Pietzsch und Adam provokatorisch zum Ausdruck: »Die CDU würde jeden Mist in der DDR mitmachen.«¹²¹ Dies hätte sich besonders in der Volkskammersitzung zur Aufstellung der Nationalen Volksarmee gezeigt, wo sich keiner erlaubte gegen diesen Beschluss zu stimmen.¹²² Man würde auch nichts merken von »freien Wahlen« wie sie in Westdeutschland durchgeführt würden. Das Vorstandsmitglied Gröbisch äußerte: »Man hört ja schließlich auch andere Sender, was man nicht verbieten kann und da weiß man schon was in der Welt los ist. Die Menschen bei uns werden politisch geknechtet, jeder muss so ein »Käseblatt« halten. Dann sammeln sie laufend, weil sie bald pleite sind. Haut jetzt mit der Faust auf den Tisch und sagt, die Parteileitung soll freie Wahlen fordern.«

Aus den Kreisen der SPD wird bekannt, dass die SPD Weihnachtsfeiern im demokratischen Sektor durchführen will.¹²³ Im vergangenen Jahr wurden diese Feiern in Westberlin abgehalten. Weiter wird die Verlagerung der Versammlungen in den demokratischen Sektor gefordert, wobei die SPD in der letzten Zeit in ihren Versammlungen offen gegen die SED hetzt.¹²⁴ Der SPD-Bundestagsabgeordnete Neubauer¹²⁵ forderte im September 1956 vor Mitgliedern des Kreisbüros der SPD Köpenick, besonders dahin zu arbeiten, die SED zu spalten. Dies soll durch Diskussionen über den 17.6.1953 und über die »Verbrechen Stalins« mit SED-Mitgliedern erreicht werden. Weiter ist geplant SPD-Betriebsgruppen in den VEB zu schaffen.¹²⁶ Anzeichen dafür sind bei der BVG Köpenick vorhanden.

Im TRO »Karl Liebknecht« Berlin-Oberschöneweide besteht unter den Angestellten eine illegale Gruppe von Mitgliedern der »Deutschen Angestellten-Gewerkschaft«. Diese Mitglieder besuchen regelmäßig Vorträge im Landesvorstand der »Deutschen Angestellten Gewerkschaft« in Westberlin, Bernburger Straße 24–25.¹²⁷

6. Sonstige feindliche Tätigkeit

Folgende neue Erscheinungsformen und Methoden der Feindtätigkeit wurden festgestellt:

Der Suchdienst des DRK in Berlin-Dahlem verschickt neuerdings 1.) Schreiben an Personen in der DDR, die Suchanträge dort gestellt haben. Daraufhin haben beispielsweise sehr viele Personen aus dem Bezirk Potsdam diese Zentrale aufgesucht; 2.) Mitteilungen an Personen, die ehemals in westlicher Gefangenschaft waren, dass deren Guthabenbescheinigung in Dollar (für geleistete Arbeit in der Gefangenschaft) in Kürze eingelöst werden und sie nach Prüfung noch genaue Bescheid erhalten.

In letzter Zeit wurde festgestellt, dass der vor 1945 existierende Akademikerbund CAH Bruderschaft¹²⁸ sich neu organisieren will. So wurden von einem gewissen Demlo aus Westberlin Wissenschaftler in der DDR – z. B. Prof. Eckard,¹²⁹ ferromagnetisches Institut Jena – angeschrieben und nach Westberlin eingeladen.

Im Institutskomplex Adlershof sind die dortigen Institutsleiter und Professoren Thilo,¹³⁰ Bertsch,¹³¹ Rieche¹³² und Hachenberg¹³³ bemüht, auf keinen Fall fortschrittliche Wissenschaftler einzustellen.¹³⁴ Sie bevorzugen faschistische Elemente und Westberliner. Die Kaderabteilungen, die diesen negativ eingestellten Personen entgegentreten, werden ausgeschaltet. Dadurch verstärkt sich die schon vorhandene Konzentration negativer Elemente.

Das Ostbüro der SPD ist bestrebt, neue Informationsquellen im Wismut-Gebiet zu schaffen, zu erfahren, wo die Schächte liegen, Ergebnisse der Bohrungen, Tiefe der entnommenen Bohrproben, Bohrturm-Nr., Beleuchtung des Wismutgebietes, genaue Lage der einzelnen Objekte mit Angaben der Himmelsrichtung. In diesem Zusammenhang ist die schlechte Dienstaufführung der Bereitschaftspolizei in Crossen (Wismut) zu erwähnen, die seit der Ablösung der sowjetischen Truppen eingesetzt wurde. Die Posten vernachlässigen die Kontrolle und prüfen die Arbeiter zum größten Teil nicht mit der Kontrolllampe auf Erz. Ihr außerdienstliches Verhalten – Rauferei und Trunkenheit – gab Anlass zu begründeten Beschwerden aus der¹³⁵ Bevölkerung.

Weiter versucht das Ostbüro der SPD den Atom-Komplex auf dem Weißen Hirsch in Dresden zu erkunden¹³⁶ und Einzelheiten über die sowjetische Verwaltung, Gewerkschaft, Partei und Organe der Staatssicherheit im Wismutgebiet zu erfahren sowie Angaben über den Freiheitssender zu erhalten.¹³⁷ Das Ostbüro der SPD versucht Auskunft über Personen zu bekommen, die mit einer Gesellschaft »Stasa« zusammenarbeiten. (Soll angeblich eine Organisation mit der Aufgabe sein, das Gebiet der Kultur in Westdeutschland zu unterwandern.)¹³⁸ Das Ostbüro der CDU beabsichtigt, Mitarbeitern und Funktionären des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Gesundheitswesen, deren Adressen erkundet werden sollen, die Hetzschrift »UPD« zuzusenden,¹³⁹ um später direkte Verbindung anzuknüpfen.

In Lobenstein, [Bezirk] Gera, wurde festgestellt, dass eine »Organisation OC« existiert, deren Ziel es ist, alle Angriffe und Kritik an Stalin zurückzuweisen und ihn weiterhin zu verherrlichen. (Das entsprechende Material wurde von einem Republikflüchtigen zurückgelassen.)

Tätigkeit der Kirche

In allen Kreisen und Bezirken ist nach wie vor eine rege Tätigkeit und Versuche einer starken Einflussnahme seitens der Pfarrer und der Jungen Gemeinde festzustellen.¹⁴⁰ Hervorzuheben ist, dass dabei die verschiedensten Vorkommnisse, örtlichen Belange, man kann sagen alle Kleinigkeiten ausgenutzt werden. Sie nehmen u. a. den Kirchentag zum Anlass, um zu zeigen, wie stark die Kirche sei.¹⁴¹ Dann folgt meist eine Verherrlichung des Westens (die vorbildliche Betreuung, Verpflegung usw.) In großem Maße wurde auch die Einschulung benutzt, einen »Schulanfänger-Gottesdienst« abzuhalten, der in der Regel eine große Beteiligung fand.¹⁴²

Auf dem Propsteikirchentag am 9.9.1956 in Quedlinburg nahmen ca. 30 000 Personen teil. Der Oberkonsistorialrat von Magdeburg führte dabei u. a. aus: »... dass man der Würdenträger der Kirche, die von den Staatsorganen der DDR verhaftet wurden, besonders einer Sekretärin, gedenken müsse, dass in der DDR die Kirchensteuern nicht mehr zwangseingetrieben werden können¹⁴³ (>wenn die Kirche nicht von alleine stirbt, wird eben etwas nachgeholfen<), dass man sich vor Menschen, die von den Organen der Staatssicherheit zu »Spitzeldiensten« missbraucht werden, nicht voller Misstrauen zurückziehen dürfte, sondern ihnen helfen soll, von diesen »gottlosen Bedingungen« freizukommen.«

Aus Roßlau wurde bekannt, dass die Leitungen der evangelischen Kirchen in Roßlau und Dessau entlassene Häftlinge mit Geld unterstützen. So erhielt der zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilte Hausschlächter K. aus Roßlau von der dortigen Kirche 10,00 DM und von der Kirche aus Dessau 100 DM. Dem K. wurde gesagt, dass er dies aber nicht in der Öffentlichkeit populär machen solle.

Der Rückwanderer [Name 2] aus Eisleben bekam vom Staat einen Kredit in Höhe von 2 000 DM. Er suchte den dortigen Pfarrer Otto¹⁴⁴ auf und bat ihn um Rat, da er in einem Wutanfall die Möbel stark beschädigte. Der Otto riet dem [Name 2], sofort das Gebiet der DDR zu verlassen und handigte ihm DM 50,00 aus. Im Auffanglager in Westberlin sollte sich [Name 2] an einen Herrn La Roche wenden. Otto verlangte von dem [Name 2] den gesamten Schriftverkehr, welcher Letzterer mit dem Innenministerium der DDR über die angeblich schlechte Behandlung von Rückkehrern geführt hat. In derselben Nacht verließ der [Name 2] mit seiner Frau das Gebiet der DDR und nach einigen Tagen meldete er sich wieder zurück.

Zahlreich sind die Forderungen von Pfarrern, die Filme »Ivo, der Mönch«¹⁴⁵ und »Stechfliege«¹⁴⁶ nicht mehr aufzuführen.

1
Satz am Rand mit Bleistift markiert.

2
Satz am Rand mit Bleistift markiert.

3
Die letzten beiden Sätze am Rand mit Bleistift markiert.

4
Darüber mit Bleistift: »für«.

5
Hier sind offenbar zwei verschiedene Stahlgießereien gemeint: Der VEB Stahlgießerei Silbitz, Kreis Eisenberg, Bezirk Gera, sowie die Stahlgießerei Karl-Marx-Stadt mit Sitz im Stadtteil Kaßberg (im Original: »Käßberg«).

6
Satz am Rand mit Bleistift markiert.

7
Satz am Rand mit Bleistift markiert.

8
Satz am Rand mit Bleistift markiert.

9
Satz bis hier am Rand mit Bleistift markiert.

10
Es ist nicht klar, welche Papierfabrik hier gemeint ist.

11
Mit Bleistift korrigiert aus »Rathenauer«.

12
Die letzten drei Sätze am Rand mit Bleistift markiert.

13
Technisch-begründete Arbeitsnormen (TAN) waren verbindliche Arbeitsnormen, die die Höhe des Arbeitszeitaufwandes in Betrieben unter Berücksichtigung der technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen sowie der erforderlichen Qualifikation des jeweiligen Arbeiters für eine bestimmte, abgrenzbare Arbeit festlegten. Sie wurden von speziell ausgebildeten Arbeitsnormern (Sachbearbeitern) entwickelt und sollten den rationellen Einsatz und eine leistungsgerechte Entlohnung menschlicher Arbeit ermöglichen. TAN wurden seit dem ersten

Fünfjahrplan (1951–1955) als Ersatz für die lediglich auf Erfahrungswerten beruhenden vorläufigen Arbeitsnormen vermehrt eingeführt. Vgl. Sattler, Friederike: Technisch-begründete Arbeitsnorm (TAN). In: FDGB-Lexikon. Funktion, Struktur, Kader und Entwicklung einer Massenorganisation der SED (1945–1990). Hg. v. Dowe, Dieter; Kuba, Karlheinz; Wilke, Manfred. Bearb. v. Kubina, Michael. Berlin 2009 library.fes.deFDGB-Lexikon (23.10.2014).

14

Die letzten beiden Sätze am Rand mit Bleistift markiert.

15

Wörter »hohe Normerfüllung« mit Bleistift korrigiert aus »neue Normerfüllung«. – Beide Zitate am Rand mit Bleistift markiert.

16

Gemeint sind die Kamera-Werke Zeiß in Eisfeld.

17

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

18

Absatz am Rand mit Bleistift markiert.

19

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

20

Die letzten beiden Sätze am Rand mit Bleistift markiert.

21

Gemeint ist vermutlich »kurzzeitig«.

22

Die letzten beiden Sätze am Rand mit Bleistift markiert.

23

Satz bis hierhin am Rand mit Bleistift markiert.

24

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

25

Am 26.7.1956 verstaatlichte der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser unter Bruch internationalen Rechts den Sueskanal, zwölf Jahre vor Ablauf der Konzession der Kanalgesellschaft; dabei sicherte er die Entschädigung der Aktionäre der Kanalgesellschaft sowie die Gewährung der freien Durchfahrt zu. Die Verstaatlichung löste scharfe Proteste der britischen und französischen Regierungen aus.

26

Am 17.8.1956 erklärte das Bundesverfassungsgericht die KPD für verfassungswidrig und verbot die Partei. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist einschließlich einer Zusammenfassung der Urteilsbegründung dokumentiert in: Archiv der Gegenwart. Deutschland 1949 bis 1999. Bd. 2: September 1953 – Oktober 1957. Sankt Augustin 2000, S. 1772–1774. Siehe dazu auch Information [159/56](#).

27

Das 28. Plenum des ZK der SED fand vom 27. bis 29.7.1956 statt.

28

Walter Ulbricht hatte auf dem 28. Plenum des ZK der SED der Überzeugung des Politbüros Ausdruck verliehen, dass die bereits auf der III. Parteikonferenz für den zweiten Fünfjahrplan anvisierte Abschaffung der Lebensmittelkarten für Fleisch, Fett und Zucker im Jahr 1957 umgesetzt werden könne. (Vgl. Über die Arbeit der SED nach dem XX. Parteitag der KPdSU und die bisherige Durchführung der Beschlüsse der 3. Parteikonferenz. Fortsetzung des Berichts des Politbüros, gegeben vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees, Genossen Walter Ulbricht. In: ND v. 2.8.1956, S. 3–6, hier 4.) Tatsächlich wurden die Lebensmittelkarten erst am 28.5.1958 abgeschafft. Vgl. Gesetz über die Abschaffung der Lebensmittelkarten v. 28.5.1958. In: GBl. I 1958, S. 413–415.

29

Auf dem 28. Plenum des ZK der SED kündigte Walter Ulbricht für das Jahr 1957 eine umfassende Rentenreform an, mit der auch eine Erhöhung der Renten insbesondere für Arbeiter einhergehen sollte. Vgl. Über die Arbeit der SED nach dem XX. Parteitag der KPdSU und die bisherige Durchführung der Beschlüsse der 3. Parteikonferenz. Fortsetzung des Berichts des Politbüros, gegeben vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees, Genossen Walter Ulbricht. In: ND v. 2.8.1956, S. 3–6, hier 4. Zu den Hintergründen und der tatsächlichen Umsetzung vgl. Hoffmann, Dierk: Sicherung bei Alter, Invalidität und für Hinterbliebene. In: Ders.; Schwartz, Michael (Hg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Bd. 8: Deutsche Demokratische Republik 1949–1961. Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus. Baden-Baden 2004, S. 345–385, hier 375–383.

30

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

31

Die letzten drei Sätze am Rand mit Bleistift markiert.

32

Die letzten beiden Sätze am Rand mit Bleistift markiert.

33

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

34

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

35

Tabelle am Rand mit Bleistift markiert.

36

Die letzten beiden Sätze am Rand mit Bleistift markiert.

37

Die letzten beiden Sätze am Rand mit Bleistift markiert.

38

Vermerk mit Bleistift am Rand: »falsch«.

39

Absatz am Rand mit Bleistift markiert.

40

Absatz am Rand mit Bleistift markiert.

41

Im Original: »Zarrenthin«.

42

Im Original: »Rebnitz«.

43

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

44

Alle Spiegelstriche am Rand mit Bleistift markiert.

45

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

46

Gemeint ist das Modell Wartburg 311, das von 1955 bis 1965 produziert wurde. Das Gerücht rührte vermutlich daher, dass der VEB Automobilwerk Eisenach, der den Wartburg 311 produzierte, aus dem 1945 enteigneten Zweigwerk der in der Bundesrepublik beheimateten BMW AG hervorgegangen war.

47

Durch die vom Minister für Staatssicherheit erlassene, am 26.5.1952 in Kraft getretene Polizeiverordnung über die Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie wurden an der innerdeutschen Grenze eine Fünf-Kilometer-Sperrzone, ein ca. 500 m breiter »Schutzstreifen«, der unter der unmittelbaren Kontrolle der Grenzpolizei stand, sowie ein 10 m breiter »Kontrollstreifen« eingerichtet, dessen Betreten für alle Personen verboten war. Für die Sperrzone galten weitreichende Zugangsbeschränkungen und es bestand eine nächtliche Sperrstunde sowie ein Verbot öffentlicher Versammlungen. Gaststätten, Kinos und Pensionen waren zu schließen. Die Polizeiverordnung ist dokumentiert in: Melis, Damian van; Bispinck, Henrik (Hg.): »Republikflucht«. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961. München 2006, S. 153–155. – Bewohner der Sperrzone erhielten einen Lohnzuschlag in Höhe von 15 %.

48

Unter »Agentenzentralen« oder »Feindzentralen« verstand das MfS antikommunistische Organisationen, die von der Bundesrepublik aus gegen die DDR agierten, wie die Ostbüros von SPD, CDU, FDP und DGB, die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit oder der Untersuchungsausschuss freier Juristen, aber auch staatliche Einrichtungen, wie das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, die Notaufnahmelager für DDR-Flüchtlinge in Gießen, Uelzen und Berlin-Marienfelde oder der Bundesnachrichtendienst bzw. die Organisation Gehlen als dessen Vorläufer.

49

Gemeint sind die zwischen 1946 und 1951 gegründeten Ostbüros der Parteien SPD, CDU und FDP sowie des DGB. Die Ostbüros unterstützten verfolgte und SED-kritische Mitglieder bzw. ehemalige Mitglieder ihrer Schwesterparteien bzw. -organisationen in der DDR. Zu ihren weiteren

Aufgaben gehörten die Flüchtlingsbetreuung, die Informationsbeschaffung und das Einschleusen von Informations- und Propagandamaterialien in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000

50

Die letzten beiden Sätze am Rand mit Bleistift markiert.

51

Der XX. Parteitag der KPdSU fand vom 14. bis 25.2.1956 in Moskau statt. Der Parteitag, auf dem Parteichef Chruschtschow in einer Geheimrede den Personenkult um Stalin kritisierte und Stalins Verbrechen enthüllte, leitete in der Sowjetunion den Prozess der Entstalinisierung ein.

52

Die letzten beiden Sätze am Rand mit Bleistift markiert.

53

Die letzten beiden Sätze am Rand mit Bleistift markiert.

54

Seit 1955 wurde in der Bundesrepublik in mehreren Schritten der Aufbau einer Armee eingeleitet: Am 9.5.1955 trat die Bundesrepublik der NATO bei, am 7.6.1955 wurde das Bundesministerium der Verteidigung gebildet, am 24.7.1955 trat das Freiwilligengesetz in Kraft, das die Einstellung von bis zu 6 000 Freiwilligen in die bundesdeutsche Armee erlaubte (Gesetz über die vorläufige Rechtsstellung der Freiwilligen in den Streitkräften v. 23.7.1955. In: BGBl. I 1955, S. 449 f.), am 12.11.1955 wurden die ersten freiwilligen Soldaten ernannt, am 1.4.1956 trat das Soldatengesetz in Kraft, das die Rechtsstellung der Soldaten der jetzt als »Bundeswehr« bezeichneten Armee regelte (Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten v. 19.3.1956. In: BGBl. I 1956, S. 114–126) und am 22.7.1956 das Wehrpflichtgesetz, das die Wehrpflicht für alle männlichen deutschen Staatsbürger vom vollendeten 18. Lebensjahr an vorsah (vgl. Wehrpflichtgesetz v. 21.7.1956. In: BGBl. I 1956, S. 651–661). – Die letzten beiden Sätze am Rand mit Bleistift markiert.

55

Absatz am Rand mit Bleistift markiert.

56

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

57

Hierbei handelte es sich vermutlich um eine Deckadresse des SPD-Ostbüros.

58

Siehe dazu Information [125/56](#).

59

Siehe dazu Information [192/56](#).

60

Im Original: »Eckardsberg«.

61

Gemeint sind vermutlich Informationsdienste. Über Tötlichkeiten gegenüber Angehörigen der Volkspolizei in Berlin und Potsdam wird etwa in der Anlage »Feindtätigkeit in der Zeit vom 7.9. bis 20.9.1956« vom 21.9. zum Informationsdienst [18/56](#) berichtet.

62

Die letzten beiden Sätze am Rand mit Bleistift markiert.

63

Greifenhain lag nicht im Kreis Spremberg, sondern im benachbarten Kreis Cottbus-Land.

64

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

65

Am 19.4.1956 beschloss eine Kommission des ZK der SED unter Vorsitz von Walter Ulbricht die Haftentlassung zahlreicher politischer Gefangener, darunter viele ehemalige Mitglieder der SPD. Vgl. Zur Entlassung werden vorgeschlagen ... Wirken und Arbeitsergebnisse der Kommission des Zentralkomitees zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern 1956. Dokumente. Mit einem Vorwort von Grabert, Josef. Berlin 1991.

66

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

67

Die »Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken« (SJD – Die Falken) sind ein 1904 gegründeter politischer Kinder- und Jugendverband, der der SPD nahesteht.

68

Die Jungsozialisten (»Jusos«) sind der 1946 (wieder-)gegründete Jugendverband der SPD.

69

Der »Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen« (UFJ) wurde im Oktober 1946 in Westberlin gegründet und war wesentlich von aus der SBZ/DDR geflohenen Juristen geprägt. Er widmete sich vor allem der Erfassung von Unrechthandlungen in der DDR und verarbeitete seine Erkenntnisse in umfangreichen Dokumentationen und in Propagandamaterialien, die teilweise in den Osten eingeschleust wurden. In den frühen 1950er Jahren wurde die Organisation überwiegend vom CIA finanziert. Vgl. Hagemann, Frank: Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen 1949–1969. Frankfurt/M. u. a. 1994.

70

Der Narodno-Trudowoj Sojus (NTS), deutsch: Volksarbeitsbund, war eine seit 1930 bestehende russische Emigrantenorganisation, deren »geschlossener Sektor« streng konspirativ organisiert gegen die Sowjetunion arbeitete. Dabei ging es vor allem um die Verbreitung von antikommunistischem Propagandamaterial. Zur Zielgruppe dieser Aktivitäten gehörten in der SBZ/DDR vor allem die Angehörigen der sowjetischen Truppen. Ab Ende der 1940er Jahre wurde der NTS insbesondere von US-amerikanischen Geheimdienststellen unterstützt und angeleitet. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 318–331.

71

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

72

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

73

Im Juni 1955 wurde an der Universität Greifswald eine Dienststelle der KVP (seit Herbst 1956 Militärmedizinische Sektion – MMS) zur Ausbildung von Sanitätsoffizieren gebildet. Sie unterstand zunächst der KVP und später der NVA. Vgl. dazu und zu den studentischen Protesten gegen diese Einrichtung Schagen, Udo: Widerstand gegen Partei- und Regierungsbeschuß – der Greifswalder Medizinstudentenstreik 1955. Ein Beitrag zur Historiographie des Kalten Krieges. In: Schmiedebach, Heinz-Peter; Spieß, Karl-Heinz (Hg.): Studentisches Aufbegehren in der frühen DDR. Der Widerstand gegen die Umwandlung der Greifswalder Medizinischen Fakultät in eine Militärmedizinische Ausbildungsstätte im Jahr 1955. Stuttgart 2001, S. 59–102.

74

Absatz bis hier am Rand mit Bleistift markiert.

75

Gerhardt Katsch, Jg. 1887, Mediziner und Hochschullehrer, seit 1921 außerordentlicher, 1928–57 ordentlicher Professor für Innere Medizin und Direktor der Universitätsklinik Greifswald, 1947–61 Direktor des Zentralinstituts für Diabetes, seit 1953 ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften, 1955–57 Rektor der Universität Greifswald, 1952 Nationalpreis II. Klasse.

76

Die letzten beiden Sätze am Rand mit Bleistift markiert.

77

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine u. a. von US-amerikanischen Geheimdienststellen finanzierte und angeleitete antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus mittels Propaganda und zeitweise auch mit militanten Aktionen den Widerstand gegen das SED-Regime unterstützte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tilling die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Vgl. Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln 2015.

78

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

79

Im Original: »Kraunich«. Heinz Krannich, Jg. 1913, 1954–59 Pfarrer der Evangelischen Studentengemeinde der Universität Jena.

80

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) war ein 1946 gegründeter politischer Studentenverband in der Bundesrepublik und in Westberlin. Er stand zunächst der SPD nahe; seit Mitte der 1950er Jahre nahmen die Spannungen zwischen SPD und SDS in Fragen der Wiederbewaffnung, der Anti-Atomtod-Bewegung und insbesondere im Hinblick auf das Godesberger Programm der SPD von 1959 zu. Im Jahr 1961 fasste die SPD einen Unvereinbarkeitsbeschluss, der eine gleichzeitige Mitgliedschaft in SPD und SDS ausschloss.

81

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

82

Harry Ristock, Jg. 1928, SPD-Politiker, 1948 von Brandenburg nach Westberlin übersiedelt, 1954–63 Berliner Landesvorsitzender der »Falken«.

83

Die »Freie Junge Welt« war eine Zeitung, die von der Aktionsgemeinschaft der Freien Deutschen Jugend in Westberlin, einer Zweigstelle des SPD-Ostbüros herausgegeben wurde. Sie erschien von 1953 bis 1957. Der Titel spielte auf die FDJ-Tageszeitung »Junge Welt« an.

84

Im Original: »Heinrich«. Wolfgang Heinrichs, Jg. 1929, Ökonom und Hochschullehrer, 1953–69 Dozent bzw. Professor für politische Ökonomie an der Hochschule für Binnenhandel in Leipzig.

85

Günter Fabiunke, Jg. 1921, Ökonom und Hochschullehrer, 1954–56 wissenschaftlicher Oberassistent, 1956–58 und 1961–63 Direktor am Institut für Politische Ökonomie der Hochschule für Binnenhandel Leipzig, 1955–57 Gastdozent an der Hochschule für Außenhandel Berlin-Staaken.

86

Die letzten beiden Sätze am Rand mit Bleistift markiert.

87

Das 1910 eingeweihte Borwinheim in Neustrelitz ist eine Einrichtung der Diakonie.

88

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

89

Die »Aktionsgemeinschaft Freier Jugend Mitteldeutschland« unterstand dem Ostbüro der SPD. Sie trat u. a. als Herausgeber der Zeitung »Freie Junge Welt« auf. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung zur Berlin-Krise. München 1991, S. 70 f.

90

Im Original: »Geiwitz«.

91

Der 77. Deutsche Katholikentag fand vom 29.8. bis 2.9.1956 unter dem Motto »Die Kirche, das Zeichen Gottes unter den Völkern« in Köln statt.

92

Absatz am Rand mit Bleistift markiert.

93

Absatz bis hierhin am Rand mit Bleistift markiert.

94

Die Pass- und Meldebescheinigung 12a (PM 12a) war eine Ersatzbescheinigung für den Personalausweis. Bürger der DDR nach Abschaffung des Interzonenpasses im November 1953 für Reisen in den Westen beantragen mussten. Bei Aushändigung der Bescheinigung war der Personalausweis beim Volkspolizeikreisamt zu hinterlegen.

95

Rückwirkend zum 1.1.1956 wurden Bauern, Handwerker, Unternehmer sowie selbstständig und freiberuflich Erwerbstätige aus der vom FDGB getragenen Sozialversicherung ausgegliedert und bei der Deutschen Versicherungs-Anstalt (DVA) versichert. Mit dieser Reorganisation gingen Beitragserhöhungen einher, die insbesondere für selbstständige Bauern hoch ausfielen. Vgl. Verordnung zur Übertragung der Sozialversicherung für Bauern, Handwerker, selbstständig Erwerbstätige und Unternehmer sowie freiberuflich Tätige auf die Deutsche Versicherungs-Anstalt v. 2.3.1956, die dazugehörige Erste Durchführungsbestimmung v. 7.3.1956 sowie die Anordnung über die Beiträge zur Sozialversicherung bei der Deutschen Versicherungs-Anstalt v. 7.3.1956. In: GBl. I 1956, S. 257–260. Siehe auch Frerich, Johannes; Frey, Martin: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik. München, Wien 1993, S. 275 f. Zur Genese des Gesetzes vgl. Hoffmann, Dierk: Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR. Der Umbau der Sozialversicherung 1945–1956. München 1996, S. 317–323.

96

Im Original: »Griepheim«. Griesheim, Stadt in Hessen.

97

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

98

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

99

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

100

Die Military Intelligence Division (MID) war die Nachrichtendienstabteilung der United States Army.

101

Die Nationale Volksarmee (NVA) der DDR wurde am 18.1.1956 gebildet. Vgl. Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung. In: GBl. I 1956, S. 81.

102

In der Onkel-Tom-Straße 82 befand sich nach Ermittlungen des MfS in den 1950er Jahren die Dienststelle eines nicht näher spezifizierten US-amerikanischen Geheimdienstes. Siehe dazu BStU, MfS, AS 324/61.

103

Mit Bleistift korrigiert aus »interessieren«.

104

Gemeint ist vermutlich das United States Air Force Office of Special Investigations, das offiziell AFOSI, inoffiziell aber auch OSI abgekürzt wurde. Es untersteht direkt dem zivilen Leiter des US-Luftwaffenamtes.

105

Gemeint ist der seit 1946 bestehende und unter US-amerikanischer Ägide arbeitende deutsche Nachrichtendienst »Organisation Gehlen«, der 1956 zum Bundesnachrichtendienst wurde. Ihr Leiter war Reinhard Gehlen, Jg. 1902, vor 1945 Chef der Abteilung Fremde Heere Ost beim deutschen Generalstab.

106

Das Bundesamt für Verfassungsschutz wurde 1950 als Inlandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland gegründet.

107

Die Dienststelle des Bevollmächtigten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen, nach ihrem Leiter, Theodor Blank, Jg. 1905, auch kurz »Amt Blank« oder »Dienststelle Blank« genannt, bestand seit Oktober 1950 und war die Vorläuferinstitution des Bundesverteidigungsministeriums.

108

Absatz am Rand mit Bleistift markiert.

109

Das Counter Intelligence Corps (CIC) war ein Nachrichtendienst des Heeres der USA, der der Spionageabwehr diente. – Eine »Dienststelle Walther« des CIC ließ sich nicht ermitteln.

110

Gemeint ist vermutlich der »Ernstfall«.

111

Im Original: »Spindermühlenweg«. Im Spindelmühler Weg 27 im Berliner Bezirk Steglitz, Ortsteil Lichterfelde, befand sich die Hauptleitstelle 8 des CIC. Vgl. Westberlin. Ein Handbuch zur Westberlin-Frage. Erarbeitet von einem Kollektiv von Mitarbeitern wissenschaftlicher Institute sowie staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen unter der Leitung von P. A. Steiniger. Berlin 1959, S. 74.

112

Günther Roßbach, Jg. 1926, wurde später vom Bezirksgericht Meiningen zu 14 Jahren Haft verurteilt. Vgl. MID Würzburg hat vier Spione weniger. Fortgesetzte Militärspionage für den amerikanischen Geheimdienst / Urteile im Meininger Prozeß gegen Agenten. In: ND v. 21.11.1956, S. 2.

113

Fragezeichen mit Bleistift am Rand des Absatzes.

114

Absatz bis hier am Rand mit Bleistift markiert.

115

Absatz am Rand mit Bleistift markiert.

116

Gemeint ist vermutlich Oberweißbach, das jedoch im benachbarten Kreis Neuhaus, Bezirk Suhla, an der Grenze zum Kreis Rudolstadt lag.

117

Das Tesching (auch Teschink, Tisching) ist eine kleinkalibrige Handfeuerwaffe, die vor allem von Sportschützen und in Schützenvereinen verwendet wurde.

118

Gemeint ist der *Stadtbezirk* Pankow.

119

Absatz am Rand mit Bleistift markiert.

120

Absatz am Rand mit Bleistift markiert.

121

Zitat am Rand mit Bleistift markiert.

122

Am 18.1.1956 beschloss die Volkskammer einstimmig das Gesetz zur Schaffung der NVA. Vgl. Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung. In: GBl. I 1956, S. 81.

123

Bis zum Mauerbau am 13.8.1961 war die SPD auch in Ostberlin zugelassen. Die acht Kreisverbände im Osten und die zwölf Kreisverbände im Westen bildeten gemeinsam den Landesverband Berlin. Jedoch wurden die Aktivitäten der SPD in Ostberlin von staatlicher Seite massiv eingeschränkt: Eine Teilnahme an Wahlen war der Partei dort ebenso wenig möglich wie die Veranstaltung öffentlicher Kundgebungen.

124

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

125

Im Original: »Neugebauer«. Kurt Neubauer, Jg. 1922, SPD-Politiker, 1947–61 SPD-Kreisvorsitzender von Berlin-Friedrichshain, seit 1950 Mitglied des SPD-Landesvorstandes Berlin, 1952–63 MdB.

126

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

127

Im Original: »Bärenburger Str.«.

128

Gemeint ist vermutlich Burschenschaft.

129

Alfred Eckard, Jg. 1903, Physiker und Hochschullehrer, 1947–68 Leiter des Technisch-Physikalischen Institutes, 1949–68 Professor für Angewandte Physik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

130

Im Original: »Thielow«. Erich Thilo, Jg. 1898, Chemiker und Hochschullehrer, 1946–67 Professor für anorganische Chemie an der Humboldt-Universität zu Berlin, seit 1949 Mitglied der Akademie der Wissenschaften, 1951–67 Direktor des dortigen Instituts für anorganische Chemie, 1953 Gründer und Vorsitzender der Chemischen Gesellschaft der DDR, 1950 Nationalpreis III. Klasse, 1961 Nationalpreis I. Klasse.

131

Heinrich Gottlob Bertsch, Jg. 1897, Chemiker und Hochschullehrer, 1950–65 Professor für chemische Technologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1954–58 Direktor des Instituts für organische Chemie der Akademie der Wissenschaften, 1953 Nationalpreis II. Klasse. Bertsch ist Erfinder des ersten vollsynthetischen (Fein-)Waschmittels »Fewa« (1932). – Name mit Bleistift unterstrichen.

132

Im Original: »Rische«. Alfred Rieche, Jg. 1902, 1952–60 Professor für technische Chemie an der Universität Jena, seit 1956 korrespondierendes, seit 1959 ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften.

133

Otto Hachenberg, Jg. 1911, Physiker und Hochschullehrer, 1951–61 Professor für Physik an der Humboldt-Universität zu Berlin und Leiter des Heinrich-Hertz-Instituts für Schwingungsforschung der Akademie der Wissenschaften.

134

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

135

Mit Bleistift korrigiert aus »ausder«.

136

Gemeint ist das 1955 von dem Physiker Manfred von Ardenne gegründete private Forschungsinstitut im Dresdner Villenviertel »Weißer Hirsch«, das sich u. a. mit Nuklearforschung befasste.

137

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

138

Eine Gesellschaft dieses oder eines ähnlichen Namens ließ sich nicht ermitteln. Vermutlich handelt es sich um einen Hör- oder Übertragungsfehler.

139

Der Union Pressedienst des Ostbüros der CDU erschien von 1952 bis 1961. Unter dem gleichen Namen gab auch die CDU in der DDR einen Pressedienst heraus.

140

Absatz am Rand mit Bleistift markiert.

141

Der Evangelische Kirchentag 1956 fand unter dem Motto »Lasset euch versöhnen mit Gott« vom 8. bis 12.6.1956 in Frankfurt/M. statt.

142

Satz am Rand mit Bleistift markiert.

143

Mit der Rundverfügung Nr. 2/56 des Ministers der Justiz der DDR v. 10.2.1956 betr. »Unzulässigkeit der Zwangsvollstreckung wegen Beiträgen von Parteien, Massenorganisationen und Religionsgemeinschaften« (in: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums der Justiz, Jg. 1956, Nr. 1, S. 1) wurden die Gerichte darauf hingewiesen, »dass Forderungen von Parteien, Massenorganisationen und Religionsgemeinschaften auf Zahlung von Mitgliedsbeiträgen nicht als ›Zivilsache‹ [...] anzusehen sind, sodass der Rechtsweg für sie nicht gegeben ist.« (Ziffer 1) »Zwangsvollstreckungen wegen Forderungen auf Zahlung von Beiträgen von [...] Religionsgemeinschaften einschließlich Kirchensteuern werden daher von den Gerichten nicht mehr durchgeführt.« (Ziffer 3).

144

Rudolf Otto, Jg. 1925, Pfarrer der Andreas-Gemeinde in Lutherstadt Eisleben.

145

Ivo, der Mönch (Originaltitel: Bakonja Frau Brne), jugoslawischer Spielfilm von 1951 (Erstaufführung in der DDR: 3.8.1956). Regie: Hanžeković, Drehbuch: Hanžeković nach dem Roman »Hochwürden Pater Bruno« von Simo Matavulj (1892). In dem Film wird das Leben in einem Franziskanerkloster in Dalmatien als von Ausschweifungen, Ausbeutung, Scheinheiligkeit, Geldgier und Brutalität geprägt dargestellt.

146

Stechfliege (Originaltitel: Owod), sowjetischer Spielfilm von 1955, Regie: Alexander Feinzimmer, Drehbuch: Wiktor Schklowski, nach dem gleichnamigen Roman von Ethel Lilian Voynich (1897). In dem Film geht es um den Sohn eines katholischen Bischofs aus England, der sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Italien zum Priester ausbilden lassen will. Dort durchschaut er die Machenschaften der Kirche, sagt sich von ihr los und entwickelt sich zu einem Revolutionär.